

► **Nr. VO/2014/01904**
öffentlich

Lübeck, 01.09.2014

Anfrage

Bearbeitung: Andrea Aewerdieck (E-Mail: andrea.aewerdieck-zorom@luebeck.de Telefon: 122-1012)

Anfrage BM Böhm - Werbung auf der Internet-Seite der Stadt

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
02.09.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:

Im Rahmen der Maßnahmen für den Konsolidierungsfonds wurde u. a. beschlossen, die Internetseite der Stadt zu nutzen um verstärkt Werbeinnahmen zu erzielen. Die ersten Mehreinnahmen sind laut Maßnahmenliste für das Jahr 2014 vorgesehen. Wie ist der Sachstand der Umsetzung? Wird das erklärte Ziel zu halten sein?

Begründung:

Anlagen :

**► Nr. VO/2014/01975**
öffentlich

Lübeck, 22.09.2014

Antwort**Verantwortliche Bereiche:**
1.130 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**Bearbeitung:** Nicole Dorel (E-Mail: nicole.dorel@luebeck.de Telefon: 122-1302)**Antwort auf Anfrage BM Böhm betr. Werbung auf der Internetseite der Stadt (VO/2014/01904)****Beratungsfolge:**

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
01.10.2014	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Im Rahmen der Maßnahmen für den Konsolidierungsfonds wurde u.a. beschlossen, die Internetseite der Stadt zu nutzen um verstärkt Werbeeinnahmen zu erzielen. Die ersten Mehreinnahmen sind laut Maßnahmenliste für das Jahr 2014 vorgesehen. Wie ist der Sachstand der Umsetzung? Wird das erklärte Ziel zu halten sein?

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: keine
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

- Ja
 Nein
Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist nicht erfolgt, da der Personenkreis von der Maßnahme nicht unmittelbar betroffen ist.

Die Maßnahme ist:

- neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

- Nein
 Ja (Anlage 1)

Antwort:

Der Bereich 1.130 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit befindet sich zur Zeit in notwendigen Abstimmungsgesprächen mit dem Internetprovider. Ob eine Umsetzung der

Konsolidierungsmaßnahme noch in 2014 oder erst in 2015 erfolgen wird, steht erst mit Abschluss der Gespräche fest.

Anlagen :

Bürgermeister Bernd Saxe

► **Nr. VO/2014/01905**
öffentlich

Lübeck, 01.09.2014

Anfrage

Bearbeitung: Andrea Aewerdieck (E-Mail: andrea.aewerdieck-zorom@luebeck.de Telefon: 122-1012)

Domains der Hansestadt Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
02.09.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:

1. Welche Internet-Domains hält die Hansestadt Lübeck neben der bekannten Adresse www.luebeck.de?
2. Für welche Zwecke werden diese Domains jeweils genutzt (z.B. eigenständige Seiten, Weiterleitungen, E-Mail-Adressen)?
3. Welche Domains würden sich für die Vermarktung von E-Mail-Adressen nach Vorbild von www.hamburg.de/hamburg-mail eignen?

Begründung:

Anlagen :



► Nr. VO/2014/01976
öffentlich

Lübeck, 22.09.2014

Antwort

Verantwortliche Bereiche:
1.130 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bearbeitung: Nicole Dorel (E-Mail: nicole.dorel@luebeck.de Telefon: 122-1302)

Antwort auf Anfrage BM Böhm betr. Domains der Hansestadt Lübeck (VO/2014/01905)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
01.10.2014	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

1. Welche Internet-Domains hält die Hansestadt Lübeck neben der bekannten Adresse www.luebeck.de?
2. Für welche Zwecke werden die Domains jeweils genutzt (z.B. eigenständige Seiten, Weiterleitungen, E-Mail-Adressen)
3. Welche Domains würden sich für die Vermarktung von E-Mail-Adressen nach Vorbild von www.hamburg.de/hamburg.mail eignen?

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Bereich 1.105 Informationstechnik
zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

- Ja
 Nein
Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist nicht erfolgt, da der Personenkreis von der Maßnahme nicht unmittelbar betroffen ist.

Die Maßnahme ist:

- neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

- Nein
 Ja (Anlage 1)

Antwort:Zu Frage 1 und 2:

Die Hansestadt Lübeck betreibt unter den Domainen www.luebeck.de sowie www.travemuende.de das sogenannte Lübeck:Fenster, den offiziellen Internetauftritt der Hansestadt Lübeck. Die Domains im Einzelnen:

luebeck.de
travemuende.de
luebeck.de
travemuede.de
luebeck.eu
travemuende.eu
mitteninluebeck.de (Stadtplanung/-entwicklung)
mitteninluebeck.de (Stadtplanung/-entwicklung)
bildungsfond-luebeck.de (Familienportal)
bildungsfonds-luebeck.de (Familienportal)

Nicht berücksichtigt in der o.a. Auflistung sind die zahlreichen Subdomains im Lübeck:Fenster sowie die eigenständig betriebenen Internetangebote städtischer Gesellschaften oder Betriebe.

Zu Frage 3:

Die Hansestadt Lübeck betreibt einen Mail-Server, der ausschließlich der Abwicklung des städtischen E-Mail-Verkehrs dient. Die Hansestadt Lübeck hat sich in der Vergangenheit gegen den Betrieb eines Mail-Servers für externe Nutzer entschieden, vor allem um:

1. zu vermeiden, dass private E-Mails den Eindruck einer offiziellen Mitteilung der Hansestadt Lübeck erwecken,
2. die Einhaltung der Sicherheitsanforderungen zu gewährleisten,
3. nicht die Position eines Providers zu übernehmen. Hiermit sind neben erheblichen Ressourcen sowohl personell als auch finanziell, die Erfüllung diverser gesetzlicher Auflagen verbunden. Die Übernahme dieser zusätzlichen freiwilligen Leistung kann unter den gegebenen Voraussetzungen nicht geleistet werden.

Geeignete, freie Domains sind vorhanden. Eine detaillierte Prüfung müsste ergeben, welche letztendlich den Anforderungen wie Unverwechselbarkeit etc. gerecht würden.

Anlagen :

Bürgermeister Bernd Saxe

► **Nr. VO/2014/01906**
öffentlich

Lübeck, 01.09.2014

Anfrage

Bearbeitung: Andrea Aewerdieck (E-Mail: andrea.aewerdieck-zorom@luebeck.de Telefon: 122-1012)

Anfrage BM Böhm - Internes Vorschlagswesen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
02.09.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:

1. Wie viele Vorschläge zur Einsparung von Kosten oder Verbesserung der Organisationseffizienz werden von den Mitarbeitern der Stadtverwaltung im Rahmen des internen Vorschlagswesens jährlich eingereicht? Wie viele Personen nutzen die Möglichkeit des internen Vorschlagswesens?
2. Wie viele Vorschläge werden davon umgesetzt? Welche bezifferbaren Konsolidierungsbeiträge werden dabei erbracht?
3. In wie vielen Fällen wird ein Vorschlag mit einer Prämie vergütet?
4. Wie wird das interne Vorschlagswesen bisher innerhalb der Verwaltung beworben bzw. bekannt gemacht?

Begründung:

Anlagen :



► **Nr. VO/2014/01960**
öffentlich

Lübeck, 16.09.2014

Antwort

Verantwortliche Bereiche:
1.110 - Personal- und Organisationservice

Bearbeitung: Christine Arppe (E-Mail: christine.arppe@luebeck.de Telefon: 122-1113)

Anfrage BM Böhm - Internes Vorschlagswesen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
24.09.2014	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Anfrage BM Böhm vom 01.09.2014 – Internes Vorschlagswesen (Vorlage VO/2014/01906)

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: keine
Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

- Ja
 Nein
Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist nicht erfolgt, da der Personenkreis von der Maßnahme nicht unmittelbar betroffen ist.

Die Maßnahme ist:

- neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

- Nein
 Ja (Anlage 1)

Antwort:

Die Anzahl der im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens eingereichten Vorschläge schwankt jährlich. Die bei der Beantwortung der folgenden Fragen genannten Zahlen und Größenordnungen sind daher die Durchschnittswerte der letzten vier Jahre.

- 1) *Wie viele Vorschläge zur Einsparung von Kosten oder Verbesserung der Organisationseffizienz werden von den Mitarbeitern der Stadtverwaltung im Rahmen des internen Vorschlagswesens jährlich eingereicht? Wie viele Personen nutzen die Möglichkeit des internen Vorschlagswesens?*

Durchschnittlich wurden 15 Verbesserungsvorschläge p.a. eingereicht. Die Möglichkeit, entsprechende Vorschläge einzureichen nutzten im relevanten Zeitraum durchschnittlich 19 Personen (bei 15 Vorschlägen). Im Regelfall werden Vorschläge von einer Person eingereicht, nur in Ausnahmefällen von Tandems oder Teams.

- 2) *Wie viele Vorschläge werden davon umgesetzt? Welche bezifferbaren Konsolidierungsbeiträge werden dabei erbracht?*

Voraussetzung für die Annahme eines Verbesserungsvorschlags im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens ist seine Umsetzbarkeit. Durchschnittlich wurden fünf Verbesserungsvorschläge p.a. angenommen. Der bezifferbare Konsolidierungsbeitrag betrug insgesamt ca. 4.000 € p.a. Hinzukommen nicht bezifferbare Verbesserungen beispielsweise im Zusammenhang mit der KundInnenzufriedenheit oder den internen Arbeits- und Verwaltungsabläufen.

- 3) *In wie vielen Fällen wird ein Vorschlag mit einer Prämie vergütet?*

Alle durch die Bewertungskommission angenommenen Vorschläge werden mit einer Prämie vergütet. Diese richtet sich nach dem Volumen der Haushaltsverbesserung bzw. nach dem Grad der erreichten Verbesserung und der persönlichen Leistung des Einreichers. Hinzukommen Anerkennungsprämien (max. 26,- EUR) für Vorschläge, die durch die Bewertungskommission nicht angenommen wurden, jedoch eine interessierte Mitarbeit erkennen lassen.

- 4) *Wie wird das interne Vorschlagswesen bisher innerhalb der Verwaltung beworben bzw. bekannt gemacht?*

Informationen über das Betriebliche Vorschlagswesen sowie die Vordrucke werden den MitarbeiterInnen der Hansestadt Lübeck auf der Intranetseite des Personal- und Organisationservice zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus erhalten die Nachwuchskräfte der Hansestadt Lübeck im Rahmen ihrer Einführungsstage eine entsprechende Information. Die Personalräte sind durch regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen der Bewertungskommission direkt involviert.

Anlagen :
keine

Bürgermeister Bernd Saxe

► **Nr. VO/2014/01963**
öffentlich

Lübeck, 16.09.2014

Anfrage

Bearbeitung: Sina Peisker (E-Mail: sina.peisker@luebeck.de Telefon: 122-2372)

Anfrage von BM/AM Ragnar Lüttke bzgl. Liebesschlössern an der Obertravenbrücke

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
16.09.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anfrage:

1. Wie ist der Stand der Dinge zu den Liebesschlössern an der Brücke an der Obertrave?
2. Wie ist die Entwicklung bzw. Steigerungsrate? Wird diese überhaupt beobachtet?
3. Plant die Verwaltung die Felder zu erweitern oder langfristig rückzubauen?
4. Wurde bereits über Alternativen bzw. Erweiterungsmöglichkeiten zum Geländer in der Nähe der Brücke nachgedacht?
5. Immer wieder ist die Statik Thema – gibt es dazu tatsächliche Berechnungen?

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Anlagen :

► Nr. VO/2014/01977
öffentlich

Lübeck, 22.09.2014

Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1061)

Anfrage von Andreas Zander: Umsetzung der "Verkehrssicherung" auf der Nördlichen Wallhalbinsel

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:

1. Was ist bereits seit dem Beschluss der Bürgerschaft an Verkehrssicherungsmaßnahmen vorgenommen worden?
2. Wie sieht die kurzfristige Planung aus?

Ich bitte um eine schriftliche Beantwortung der Frage bis zur nächsten Sitzung.

Begründung:

Anlagen :

► **Nr. VO/2014/01978**
öffentlich

Lübeck, 22.09.2014

Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1061)

Anfrage von Andreas Zander: Umsetzung der Bürgerschaftsbeschlüsse zur Siedlung Herreninsel

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:

Wie ist der Sachstand bzgl. die Umsetzung der am 1. Juli 2010 (TOP 13.8, Drs. 553, 2. AT) und am 28. November 2013 (VO/2013/01072) zur Siedlung Herreninsel gefassten Bürgerschaftsbeschlüsse?

Ich bitte um eine schriftliche Beantwortung der Frage bis zur nächsten Sitzung.

Begründung:

Anlagen :

► **Nr. VO/2014/01979**
öffentlich

Lübeck, 22.09.2014

Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1061)

Anfrage von Andreas Zander: Engagement des Bürgermeisters für die Beteiligung der Stadt

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:

Hat sich Bürgermeister Bernd Saxe ausreichend zum Wohle der Stadt Lübeck, als Gesellschafter der Sana-Klinik Lübeck, für den neuen Fachbereich Neurologie und die „Stroke-Unit“ an der Klinik entsprechend eingesetzt?

- Wenn ja, wann, wo und in welcher Form?
- Wenn nein, warum nicht?

Ich bitte um eine schriftliche Beantwortung der Frage bis zur nächsten Sitzung.

Begründung:

Anlagen :

► Nr. VO/2014/01989
öffentlich

Lübeck, 25.09.2014

Anfrage

Bearbeitung: Astrid Stadthaus-Panissie (E-Mail: Telefon: 122-2360)

Anfrage von Volker Krause

Veräußerung von Grundstücken und Vermögensgegenständen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:

Gemäß § 8 der Hauptsatzung kann der Bürgermeister über die Veräußerung von Grundstücken und Vermögensgegenständen bei einem Wert bis zu 175.000 Euro entscheiden.

1. Welche Grundstücke und Vermögensgegenstände wurden in den Jahren 2012, 2013 und im laufenden Kalenderjahr und in jeweils welcher Höhe veräußert?
2. Wofür wurden die Mittel aus den Einnahmen verwendet?

Begründung:

Anlagen :

Mit freundlichen Grüßen



Volker Krause

► **Nr. VO/2014/02010**
öffentlich

Lübeck, 06.10.2014

Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1061)

Anfrage von BM Andreas Zander: Genehmigung von Musikveranstaltungen im Schuppen 6

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:

Welche Auflagen müssen von einem Veranstalter üblicherweise im Rahmen einer Gaststättenerlaubnis erfüllt werden, damit er Musikveranstaltungen in Schuppen 6 durchführen kann?

Ist es üblich, dass Musikveranstaltungen von einem anerkannten Schallschutzsachverständigen begleitet werden?

Gehört ein Gutachten durch einen Schallschutzsachverständigen zu den Auflagen, die ein Veranstalter üblicherweise im Rahmen einer Gaststättenerlaubnis für eine Musikveranstaltung in Schuppen 6 erfüllen muss?

Welche zusätzlichen Kosten kommen nach Einschätzung der Verwaltung auf einen Veranstalter zu, der vor der Veranstaltung ein Schallschutzgutachten vorlegen muss und deren Veranstaltung durch einen Schallschutzgutachter begleitet wird?

Bis zu welcher Uhrzeit am Veranstaltungs- oder Folgetag werden üblicherweise Genehmigungen für Musikveranstaltungen in Schuppen 6 erteilt?

Welche objektiven Kontrollen führt die Stadtverwaltung oder eine andere behördliche Organisation bei angezeigter möglicher Überschreitung der Lärmrichtwerte durch?

Bei welcher Veranstaltung in der Hansestadt Lübeck ist es nach Erkenntnissen der Verwaltung in diesem Jahr zur Überschreitung der Lärmrichtwerte gekommen?

Welche Maßnahmen trifft die Verwaltung in der Regel, wenn ihr Überschreitungen der Lärmrichtwerte angezeigt werden?

In wie vielen Fällen wurde sich wann über Lärmbelästigungen durch Musikveranstaltungen in Schuppen 6 bei welchen örtlichen Behörden beschwert?

Wie viele Musikveranstaltungen im Rahmen einer Gaststättenerlaubnis wurden in diesem Jahr in Schuppen 6 genehmigt?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung der Fragen.

Begründung:

Anlagen :

► **Nr. VO/2014/02011**
öffentlich

Lübeck, 06.10.2014

Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1061)

Anfrage von BM Andreas Zander: Politisch aktive Verwaltungsmitarbeiter

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:

1. Wie viel Mitarbeiter (m/w) der Verwaltung der Hansestadt Lübeck waren vor ihrer Anstellung als ehrenamtliche Kommunalpolitiker in politischen Gremien (Bürgerschaft und Ausschüsse, etc.) aktiv?
2. Welchen Parteien gehörten diese Mitarbeiter an?
3. In welchen Besoldungsgruppen bzw. Entgeltgruppen sind diese Mitarbeiter zurzeit eingruppiert?

Ich bitte um eine anonymisierte, schriftliche Beantwortung.

Begründung:

Anlagen :

► **Nr. VO/2014/02012**
öffentlich

Lübeck, 06.10.2014

Anfrage

Bearbeitung: Sina Peisker (E-Mail: sina.peisker@luebeck.de Telefon: 122-2372)

Anfrage von AM Ragnar Lüttke: Transport von Kriegsmaterial über den Lübecker Hafen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
-------	---------	--------	---------------

Anfrage:

Wie der Presse zu entnehmen war, wurde über den Lübecker Hafen Kriegsmaterial verschifft, welches nicht der Bundeswehr, sondern einer fremden Macht gehört.

- 1) Woher stammt das Kriegsmaterial und wohin wurde es geliefert?
- 2) Auf welcher rechtlichen Grundlage wird Kriegsmaterial über die Lübecker Häfen transportiert?
- 3) Warum wurde die Lübecker Bevölkerung bzw. die Bürgerschaft über den Hauptausschuss nicht vorab informiert?
- 4) Wer ist für die Sicherung und Bewachung des Kriegsmaterials zuständig?
- 5) Welche Möglichkeiten gibt es, derartige Verschiffungen zukünftig zu untersagen?

Begründung:

Anlagen :

► **Nr. VO/2014/02013**
öffentlich

Lübeck, 06.10.2014

Anfrage

Bearbeitung: Sina Peisker (E-Mail: sina.peisker@luebeck.de Telefon: 122-2372)

Anfrage von AM Ragnar Lüttke: Parken Falkenwiese

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
-------	---------	--------	---------------

Anfrage:

Vor geraumer Zeit sind im Stadtteil Falkenwiese Parkflächen weiß markiert worden und Fahrradbügel eingerichtet worden.

- 1) Die Beschilderung, die das Parken erlaubt, trifft keine Aussage zu den markierten Stellen. Welche Verkehrsregelung ist einzuhalten?
- 2) Wann ist mit einer eindeutigen Regelung zu rechnen?
- 3) Die aufgestellten Fahrradbügel sind Platz verschwendend parallel zur Straße installiert worden. Warum sind die Fahrradbügel nicht wie üblich schräg zur Fahrbahn aufgestellt worden?
- 4) Ist geplant, nach den getroffenen Neuregelungen, mit den Bewohnern der Falkenwiese das Gespräch zu suchen um festzustellen, ob die Maßnahmen positiv aufgefasst werden und keine neuen Probleme entstanden sind?

Begründung:

Anlagen :

► **Nr. VO/2014/02014**
öffentlich

Lübeck, 06.10.2014

Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1061)

Anfrage von BM Lars Rottloff: Zahlt die Stadt pünktlich und vollständig ihre Rechnungen?

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:

Die Stadt Lübeck ist als öffentlicher Auftraggeber Vorbild bei der pünktlichen und vollständigen Begleichung ihrer Rechnungen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion bittet Bürgermeister und Finanzsenator Bernd Saxe (SPD) folgende Fragen schriftlich zu beantworten:

- 1. Waren beziehungsweise sind die Stadt Lübeck und die städtischen Gesellschaften, bei denen die Stadt mit mehr als 50% beteiligt ist, im Jahr 2013 und 2014 bei der Begleichung von Rechnungen an Externe im Zahlungsverzug? Wenn ja, welche Organisationseinheit ist mit wie vielen Tagen in Zahlungsverzug bzw. hat nach wie vielen Tagen nach dem ursprünglichen Zahlungstermin die Zahlung beglichen?*
- 2. Welcher Betrag musste beziehungsweise muss jeweils beglichen werden? In welcher Höhe kam es ggf. jeweils zu Abschlagszahlungen?*
- 3. Was war bzw. ist der Grund für die jeweilige Zahlungsverzögerung?*
- 4. Mit welchem Gesamtbetrag stehen die Stadt Lübeck und die städtischen Gesellschaften im Moment im Zahlungsverzug?*

Ich bitte um schriftliche Beantwortung der Fragen.

Begründung:

Anlagen :

► **Nr. VO/2014/02015**
öffentlich

Lübeck, 06.10.2014

Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1061)

Anfrage von BM Lars Rottloff: Fragen zum RPA-Prüfungsbericht "Stadtgrün und Verkehr"

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Anhörung

Anfrage:

1. Wie kommt es, dass mehr als die Hälfte der Aufträge (24 von 41) des Bereiches Stadtgrün für Baumpflegearbeiten mit mehr als 50% der Gesamtsumme von 1,5 Mio. Euro an die selben Firma erteilt wurden?
2. In wie viel Prozent der Fälle gingen die Holzverkäufe an Mitarbeiter des Bereichs Stadtgrün oder andere Mitarbeiter der Stadtverwaltung?
3. Welche Maßnahmen wurden von der Verwaltung ergriffen, damit die Fahrten der Holzverkäufe des Bereichs Stadtgrün künftig nachvollziehbarer dokumentiert werden? (Bei 72,3 % der Fahrten stimmte die Lieferadresse für das Holz nicht mit dem Fahrtziel überein.)
4. Wie wird zukünftig sichergestellt, dass die Fahrtenbücher des Bereichs Stadtgrün ordnungsgemäßer geführt werden? In welcher Art und Weise ist eine stichprobenartige Kontrolle der Fahrtenbücher eingerichtet worden? (Bei 67,5 % der Fahrten war der Zweck der Fahrt nicht im Fahrtenbuch angegeben.)
5. Wie wird zukünftig sichergestellt, dass Holzverkäufe vorrangig innerhalb der Stadtgrenzen erfolgen? (Zwischen 2012 und 2014 sind 101 Wagenladungen Holz an Abnehmer außerhalb der Hansestadt gegangen. Dabei wurde in mehr als der Hälfte der Fälle eine Strecke von mehr als 30 Km zurückgelegt.)
6. Gibt es inzwischen eine Dienstanweisung, der den Verkauf von Kleinräten an die Mitarbeiter untersagt?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung er Fragen.

Begründung:

Anlagen :

► **Nr. VO/2014/02016**
öffentlich

Lübeck, 06.10.2014

Anfrage

Bearbeitung: Sina Peisker (E-Mail: sina.peisker@luebeck.de Telefon: 122-2372)

Anfrage von AM Ragnar Lüttke: Seniorenbeirat

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Anfrage:

Die Initiative „Ja zur Direktwahl“ hat sehr viele Unterschriften gesammelt. Sollte es nun zu einem Bürgerentscheid kommen, stellt sich für die abstimmenden Bürger die Frage, was sie bei der weniger demokratischen, indirekten Wahl erwarten müssten:

- 1) Welche gesetzlichen Regelungen gelten?
- 2) Wer hat Vorschlagsrecht für Kandidaten?
- 3) Erfolgt die Besetzung nach Fraktionsstärke in der Bürgerschaft?
- 4) Wie haben nicht organisierte Senioren die Möglichkeit, bei einer indirekten Wahl zu kandidieren oder sind diese ausgeschlossen?

Begründung:

Anlagen :

► **Nr. VO/2014/02020**
öffentlich

Lübeck, 06.10.2014

Anfrage

Bearbeitung: Sina Peisker (E-Mail: sina.peisker@luebeck.de Telefon: 122-2372)

Anfrage von AM Ragnar Lüttke: Mülltonnen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Anfrage:

Mit dem Hintergrund das Altstadtbild zu verbessern, werden derzeit Bewohner der Altstadt zur Unterbringung Ihrer Mülltonnen befragt. Ziel solle möglichst die Unterbringung nicht mehr außerhalb des Hauses sondern im Haus sein.

- 1) Ist dazu eine Verordnung in Arbeit?
- 2) Wären größere Sammelbehälter auf der Straße nicht eine bessere Variante?

Begründung:

Anlagen :



► Nr. VO/2014/01954
öffentlich

Lübeck, 16.09.2014

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
1.201 - Haushalt und Steuerung

Bearbeitung: Linda Schütt (E-Mail: linda.schuett@luebeck.de Telefon: 122-1504)

Zwischenbericht 2/2014 über Veränderungen gegenüber dem Produkthaushaltsplan 2014

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
24.09.2014	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:
Ergebnis:

Fachbereiche 1 bis 5, Finanzwirtschaft, Teilnehmungscontrolling. Die Meldungen sind eingearbeitet. Die Fachausschüsse werden parallel zum Hauptausschuss beteiligt, um eine zeitnahe Berichterstattung zu gewährleisten.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

Ja
 Nein, die Interessen von Kindern und Jugendlichen sind von dieser Maßnahme nicht betroffen.

Die Maßnahme ist:

neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch: § 45 c GO

Finanzielle Auswirkungen:

Nein
 Ja (Anlage 1)

Bericht:

Als Anlage wird der Zwischenbericht 2/2014 über Veränderungen auf den Produkthaushaltsseiten und im Ergebnishaushalt 2014 zum Stichtag 31.08.2014 vorgelegt.

Anlagen :

Zwischenbericht 2/2014

Bürgermeister Bernd Saxe

HANSESTADT LÜBECK

ZWISCHENBERICHT 2/2014

über Veränderungen gegenüber dem
Produkthaushaltsplan 2014

Herausgeber

Der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck
Haushalt und Steuerung
Fleischhauerstraße 20
23 539 Lübeck
Tel. 0451 / 122 15 04

Druck

1.102.4 Zentrale Vervielfältigungsstelle

INHALTSVERZEICHNIS

TEIL 1: ALLGEMEINE INFORMATIONEN

- 1.1 Allgemeines und Ausgangslage
- 1.2 Ergebnisse und Bewertung
- 1.3 Darstellung der zu erwartenden Veränderungen im Ergebnishaushalt
- 1.4 Überblick über die Entwicklung der Produkthaushaltsseiten

TEIL 2: PRODUKTHAUSHALTSSEITEN

- Fachbereich 1 : Bürgermeister
- Fachbereich 2 : Wirtschaft und Soziales
- Fachbereich 3 : Umwelt, Sicherheit und Ordnung
- Fachbereich 4 : Kultur und Bildung
- Fachbereich 5 : Planen und Bauen

TEIL 1:
Allgemeine Informationen

1.1 und 1.2:

**Allgemeines und Ausgangslage
Ergebnisse und Bewertung**

1.1 Allgemeines und Ausgangslage

Die Verwaltung überprüft im Laufe eines jeden Haushaltsjahres die Entwicklung der Zielvereinbarungen/ Kennzahlen und Strukturdaten auf den Produkthaushaltsseiten und die Entwicklung des Ergebnishaushaltes. In zwei Zwischenberichten wird über das Ergebnis dieser Vergleiche - prognostiziert auf das Ende des Haushaltsjahres - berichtet.

Stichtag für den Zwischenbericht 2/2014 ist der 31.08.2014. Wesentliche Veränderungen, die zwischen Stichtag und Berichterstellung erkennbar geworden sind, sind jedoch mit eingearbeitet worden.

Grundsätzlich wird in den Zwischenberichten nur über **ergebnis- und steuerungsrelevante** Abweichungen berichtet. Zur Beurteilung der Relevanz sind Schwellenwerte definiert worden (i. d. R. 10% bzw. 120 TEUR bei finanziellen Abweichungen pro Produkt oder wesentliche Veränderungen auf der Leistungsseite).

Die Haushaltssatzung 2014 ist am 04.03.2014 genehmigt worden. Eine Kürzung der bereits maßvoll auf dem Niveau der Tilgung geplanten Kreditermächtigung ist seitens der Kommunalaufsicht nicht vorgenommen worden. Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde in Höhe des geplanten Betrages von 33,3 Mio. EUR genehmigt. Die Verpflichtungsermächtigungen wurden um 5,5 Mio. EUR gekürzt und auf 33 Mio. EUR begrenzt. Die Verwaltung setzt die Kürzungen im Rahmen der Haushaltsbewirtschaftung insbesondere durch Streckungen bei den Investitionsmaßnahmen „Neubau Feuerwehrwache 3“ sowie „Skandikai/Bahnhof – Gewerbegebiet Nord“ um. Das Ehrenamt ist zum Genehmigungserlass und deren Umsetzung unterrichtet worden.

Projekt Konsolidierungskonzept Hansestadt Lübeck

Die Arbeiten der 2012 eingerichteten Stabstelle Konsolidierungskonzept HL gehen kontinuierlich weiter. Mit Fortschreibung des Projektauftrages vom 26.03.2014 (am 25.03. im Hauptausschuss) ist die Projektlaufzeit entsprechend der Laufzeit des Konsolidierungsfonds bis Frühjahr 2019 verlängert worden, um die HL-seitigen Konsolidierungsanforderungen nachhaltig und wirksam unterstützen zu können.

Die Fortschreibung des städtischen Konsolidierungskonzeptes für das 1. Paket 2012-2015 wurde von der Bürgerschaft am 26.06.2014 beschlossen. Inzwischen sind Konsolidierungsmaßnahmen in einer Größenordnung von insgesamt 16,7 Mio. € identifiziert und von der Bürgerschaft beschlossen worden. Weitere Maßnahmen sind zu identifizieren, auszugestalten und der Bürgerschaft vorzulegen, um die Anforderungen des Konsolidierungsfonds erfüllen zu können. Geplant ist, der Bürgerschaft im November mit dem Haushalt zusammen eine neue Liste entgegenzubringen. Auch ist vorgesehen, den jährlichen Sachstandsbericht zu den beschlossenen Einzelmaßnahmen des Konsolidierungskonzeptes, 1. Paket 2012 - 2015, zur Novembersitzung vorzulegen.

Gesellschaften und Betriebe

Für den Stand der unterjährigen Entwicklung in den Eigen- und Beteiligungsgesellschaften sowie den Eigenbetrieben, eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und sonstigen wirtschaftlichen Sondervermögen (Gesellschaften und Betriebe) werden vom Beteiligungscontrolling jeweils gesonderte Quartalsberichte herausgegeben. Der 2. Quartalsbericht für 2014 wurde am 02.09.2014 im Hauptausschuss behandelt.

1.2 Ergebnisse und Bewertung

1.2.1 Finanzielle Entwicklung

Mit dem zweiten Zwischenbericht wird für 2014 aktuell ein Fehlbedarf von **36,1 Mio. EUR** prognostiziert. Damit ergibt sich zum im Ursprungshaushalt geplanten Fehlbedarf von 71,2 Mio. EUR eine **Verbesserung von 35,1 Mio. EUR**. Neben deutlichen Steigerungen bei den Allgemeinen Deckungsmitteln (31,4 Mio. EUR) tragen Verbesserungen im Sozialhilfereich (1,6 Mio. EUR) sowie bei den Fachbereichsbudgets (2,1 Mio. EUR) zu dieser erfreulichen Entwicklung bei (näheres s.u.).

Allgemeine Deckungsmittel

Eine Nettoverbesserung bei der Gewerbesteuer in einer Größenordnung von knapp 6 Mio. EUR, die landesseitige Konsolidierungshilfe 2014 mit 16,7 Mio. EUR sowie höhere Landes-schlüsselzuweisungen von 6 Mio. EUR sind die Hauptfaktoren der Verbesserung bei den Allgemeinen Deckungsmitteln. Die jährliche Konsolidierungshilfe des Landes darf im Plan nicht veranschlagt werden und führt bei Zahlung dann zu der entsprechenden größeren Abweichung.

Darüber hinaus spülen die Verkaufsaktion von Erbbaurechtsgrundstücken und weitere vermehrte Grundstückverkäufe zusätzliche Erträge von über 3 Mio. EUR in den 2014'er Haushalt. Etwas getrübt wird der sehr positive Ausblick bei den Allgemeinen Deckungsmitteln durch einmalige Mindererträge von 1 Mio. EUR im Zuge einer notwendigen Anpassung von Geschäftsbesorgungsverträgen mit KWL und Trave.

Personalaufwendungen

Alle Fachbereiche gehen bei ihrer zweiten Stichtagsprognose zum 31.8. weiterhin davon aus, dass die geplanten Personalkostenetats trotz der hohen Konsolidierungs- und Budgetrestriktionen, die die Planung begleitet haben, auskömmlich sein werden. Darüber hinaus zeichnet sich nach den jeweiligen Hochrechnungen ab, dass im Rahmen der Personalkostenbewirtschaftung in den Fachbereichen 3, 4 und 5 die Planansätze um **insgesamt 1,5 Mio. EUR** unterschritten werden können.

Vorabdotierung Sozialleistungen

Während die Leistungen nach SGB II (Kosten der Unterkunft) konstant bleiben, können bei den Sozialhilfeleistungen nach SGB XII höhere Kosten von 435 TEUR bei Asylbewerbern durch Einsparungen bei der stationären Sozialhilfe (2 Mio. EUR) kompensiert werden, bei einer Nettobetrachtung verbleibt noch eine Haushaltsverbesserung **von 1,6 Mio. EUR**.

Fachbereichsbudgets

Für die Fachbereichsbudgets wird insgesamt eine Verbesserung von **2,1 Mio. EUR** prognostiziert. Den oben bereits dargestellten Einsparungen bei den Personalkosten, weiteren Einsparungen von 2,6 Mio. EUR im Sachkostenbereich sowie Ertragssteigerungen von 1,8 Mio. EUR stehen höhere Aufwände von insgesamt 3,8 Mio. EUR gegenüber.

Die größten Mehrbedarfsposten ergeben sich dabei im Fachbereich 2 im Zusammenhang mit den SeniorInneneinrichtungen sowie mit den gestiegenen Zahlen von Asylbewerbern, was sich in mehreren Produkten des Bereichs Soziale Sicherung wie auch des Gesund-

heitsantes widerspiegelt. Im Fachbereich 4 ergibt sich ein Mehrbedarf bei dem Zuschuss zum Theater aufgrund von Tarifsteigerungen und im Fachbereich 5 im Bereich Stadtplanung durch erste Kosten für die Baureifmachung und Vermarktung Gründerviertel.

Im Fachbereich 1 entstehen Aufwandsersparungen durch die Verzögerung von Projekten im Bereich Informationstechnik.

Das Budget des Fachbereiches 3 verbessert sich durch Mehreinnahmen und geringere Personalkosten beim Produkt Verkehrsangelegenheiten. Daneben entsteht ein erhöhter Aufwand aufgrund einer gutachtlich ermittelten Erhöhung der Vorhaltestunden beim Rettungsdienst, der erst in Folgejahren rückwirkend ausgeglichen werden kann.

Bei der Jugendhilfe im Fachbereich 4 ergibt sich aufgrund der Stabilisierung im Bereich der ambulanten Jugendhilfe eine Verbesserung bei Transferleistungen in einer Größenordnung von 1,8 Mio. EUR. Im Fachbereich 5 können höhere Gebühreneinnahmen von 1,1 Mio. EUR in der Bauordnung und höhere Trassenentgelte von 0,3 Mio. EUR in der LPA verzeichnet werden.

1.2.2 Entwicklung der Leistungsseite

In Teil 2 des Zwischenberichts werden absehbare Veränderungen bei Zielvereinbarungen/ Kennzahlen, Strukturdaten und Budgetergebnissen der Produkte dargestellt.

Im Fachbereich 1 werden Anpassungen zum Budgetergebnis beim Produkt 111007 IT-Architekturmanagement / IT-Service, 111008 Zentrale Personalarbeit und 111099 Versorgung gemeldet. Bei den Produkten 111008 Zentrale Personalarbeit und 111015 Steuern ergeben sich außerdem Veränderungen zu den Zielen/Kennzahlen.

Im Fachbereich 2 werden Budgetänderungen bei den Produkten 312101 SGB II, 315201 SeniorInneneinrichtungen, 548001 Bewirtschaftung Flughafen, 111020 Grundstücksmanagement, 311001 Grundversorgung u. Hilfen nach dem SGB XII, 313001 Hilfen für Asylbewerber gemeldet. Bei den Produkten 315001 Soziale Einrichtungen und Angebote, 351001 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen sowie 414001 Gesundheitsamt werden Veränderungen zu Strukturdaten bzw. Zielen/Kennzahlen gemeldet.

Im Fachbereich 3 werden Anpassungen bei den Produkten 122006 Standesamt, 126001 Gefahrenabwehr, 127001 Rettungsdienst, 122004 Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz, 554001 Naturschutz und Landschaftspflege, 561001 Umweltschutzmaßnahmen und 555001 Land- und Forstwirtschaft zu Strukturdaten bzw. Veränderungen bei Zielen/Kennzahlen gemeldet. Budgetänderungen sind bei den Produkten 122005 Verkehrsangelegenheiten, 127001 Rettungsdienst und 555001 Land- und Forstwirtschaft zu verzeichnen.

Der Fachbereich 4 meldet Budgetänderungen beim Zuschuss an das Theater (Produkt 261001) mit einem Mehrbedarf von 400 TEUR aufgrund von Tarifsteigerungen. Dem stehen im gesamten Fachbereich eingesparte Personalaufwendungen i.H.v. ebenfalls 400 TEUR gegenüber. Weiterhin werden sich bei dem Produkt 363002 Jugendhilfe die Aufwendungen reduzieren um 1,8 Mio. EUR aufgrund stabiler Zahlen in der ambulanten Jugendhilfe und eines nun greifenden Kostencontrollings.

Im Fachbereich 5 werden Anpassungen bei den Straßenprodukten 541001, 542001, 544001 und beim LPA Produkt 552001 bei Zielen/Kennzahlen gemeldet. Nähere Informationen dazu sind bitte den entsprechenden Berichtsbögen im Teil 2 zu entnehmen.

1.3:

**Darstellung der zu erwartenden Veränderungen im
Ergebnishaushalt**

1.3 Darstellung der zu erwartenden Veränderungen im Ergebnishaushalt 2014 - Budgetübersicht

Allgemeine Deckungsmittel	2014		
	Haushaltsplan	2. Zwischenbericht	Abweichung
	EUR	EUR	EUR
611001 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	329.807.900	358.783.500	28.975.600
612001 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	-25.994.600	-26.876.500	-881.900
535002 Konzessionsabgaben	13.250.000	13.250.000	0
612003 Grundstücksan- u. -verkäufe	-334.500	2.985.500	3.320.000
612002 Pauschalierter nicht zahlungswirksamer Aufwand zu Vervollständigung des doppischen Haushalts	-13.400.000	-13.400.000	0
Einnahmenüberschuss	303.328.800	334.742.500	31.413.700
Vorabdotierungen			
Netto-Sozialhilfe - SGB XII	-25.837.600	-24.272.600	1.565.000
Netto-Leistungen für Arbeitssuchende - SGB II (Hartz IV)	-51.716.000	-51.716.000	0
Allgemeine Deckungsmittel	225.775.200	258.753.900	32.978.700
Verteilungsmasse	296.940.700	294.881.500	-2.059.200
Fehlbedarf	71.165.500	36.129.000	-35.036.500

Zuschussbudgets	Budgets 2014		Budgets 2014		Abweichung EUR
	EUR	%	EUR	%	
Fachbereich 1 - Bürgermeister	-28.233.400	9,51	-27.963.400	9,42	270.000
Fachbereich 2 - Wirtschaft und Soziales	-27.199.500	9,16	-29.542.800	9,95	-2.343.300
Fachbereich 3 - Umwelt, Sicherheit u. Ordnung	-24.266.200	8,17	-24.133.700	8,13	132.500
Fachbereich 4 - Kultur	-165.779.800	55,83	-163.979.800	55,22	1.800.000
Fachbereich 5 - Planen und Bauen	-51.461.800	17,33	-49.261.800	16,59	2.200.000
Summe aller Zuschussbudgets	-296.940.700	100,00	-294.881.500	99,31	2.059.200

Bereich	Produkt	Bezeichnung	bisher TEUR	neu TEUR	per 30.08.2014		Bemerkungen
					Abweichung		
1	2	3	4	5	6	7	

1. Budgetveränderungen der Fachbereiche

FB 1 Bürgermeister

1.105	111007	T-Architekturmanagement / IT-Service	-6.261	-5.911	350	Aufgrund einer hohen Arbeitsbelastung konnten Projekte nicht wie geplant vorangebracht werden. Durch die Verzögerung entstehen Aufwandseinsparungen in genannter Höhe.
1.110	111008	Zentrale Personalarbeit	-4.194	-4.154	40	Zeitliche Verzögerung der Einführung von KoPers. Eventuell Mittelübertragung ins Folgejahr.
1.110	111099	Versorgung	-706	-826	-120	Hoher unplanmäßiger Nachversicherungsbeitrag für eine/n ausgeschiedene/n langjährige/n Beamtl(n).
Netto-Budget Fachbereich 1 insgesamt			-28.233	-27.963	270	Verbesserung

FB 2 Wirtschaft und Soziales

2.020	312101	SGB II	-51.516	-52.216	-700	Bei den Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz wurden die Aufwendungen bislang in Ermangelung valider Zahlen nach dem erwarteten Ertrag geplant. Die Veränderung resultiert zum einen aus der gestiegenen Inanspruchnahme der Leistungen, zum anderen aus den noch zu befriedigenden Ansprüchen von Leistungserbringern für vorhergehende Abrechnungszeiträume, die nicht mehr periodengerecht in den Vorjahren geordnet werden können.
2.020	315201	SeniorInnen-einrichtungen	-877	-1.833	-956	Der Jahresverlust der städtischen SeniorInnen-einrichtungen wird nunmehr in Höhe von 1.833.400 EUR geplant. Der im Ursprungswirtschaftsplan 2014 geplante Jahresverlust, den die Bürgerschaft in ihrer Sitzung im Nov. 2013 mit einem Jahresverlust in Höhe von 877.100 EUR beschlossen hatte, verschlechtert sich somit um 956.300 EUR.

			per 30.08.2014			
Bereich	Produkt	Bezeichnung	bisher TEUR	neu TEUR	Abweichung TEUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
2.280	111020	Grundstücksmanagement	1.184	584	-600	Nicht für den Haushalt 2014 geplante Abrisskosten für das Priwallkrankenhaus; Die Mittel sind zwischenzeitlich überplanmäßig geordnet
2.280	548001	Bewirtschaftung Flughafen	-958	-1.045	-87	Die Verschlechterung ergibt sich aus der Position 5711000 Abschreibungen. Nach Fertigstellung und Inbetriebnahme des Instrumentenlandesystems der Kategorie II war die Abschreibung neu zu berechnen. In welcher Höhe sich durch die offenen Miet- und Pachtforderungen gegen die Yasmina eine weitere Verschlechterung des Budgetergebnisses ergibt, wird erst nach Abschluss des Insolvenzverfahrens mit einer Zahlung auf die offenen Forderungen der Gläubiger konkret festzustellen sein.
Div.	Div.	Personalaufwand	-21.319	-21.319	0	
Netto-Budget Fachbereich 2 insgesamt			-27.200	-29.543	-2.343	Verschlechterung
Vorabdotierung Netto-Sozialhilfe SGB XII			-25.838	-24.273	1.565	
<u>darin:</u>						
2.500	311001	Grundversorgung und Hilfen SGB XII	-25.835	-23.835	2.000	Der erwartete demographische Wandel macht sich in der stationären Hilfe zur Pflege, entgegen der Prognose nicht bemerkbar. Darüberhinaus ist in der stationären Pflege der Mehraufwand der Pflegesätze durch entsprechende Pflegesatzverhandlungen nicht in erwarteter/geplanter Höhe angefallen. In der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen Minderaufwand durch besser verhandelte Veräutungsvereinbarungen
	313001	Hilfen für Asylbewerber	-1.710	-2.145	-435	Sehr hohe Kosten für Krankenschutz und Krankenbehandlung (kostenintensive Einzelfälle)
Vorabdotierung Netto-Leistungen für Arbeitsuchende SGB II			-51.716	-51.716	0	

Bereich	Produkt	Bezeichnung	bisher TEUR	neu TEUR	per 30.08.2014		Bemerkungen
					Abweichung		
1	2	3	4	5	6	7	

FB 3 Umwelt, Sicherheit und Ordnung

3.327	122005	Verkehrsangelegenheiten	1.265	1.905	640	Insg. 400 TEUR Mehreinn. bei den Verw.-Geb. und bei den Bußgeldern. (Mindereinn. im ruhendem Verkehr werden durch Mehreinn. im fließendem Verkehr u. im Führerscheinwesen kompensiert), 240 TEUR Personaleinsparungen.
3.370	127001	Rettungsdienst	1.078	700	-378	Erhöhung der Rettungsmittelvorhaltung. Neue Entgeltverhandlung im Okt. 2014.
3.820	555001	Land- und Forstwirtschaft	-173	-303	-130	Wegen des frühen Frühjahrs musste die Holzernte vorzeitig beendet werden.
Netto-Budget Fachbereich 3 insgesamt			-24.266	-24.134	132	Verbesserung

FB 4 Kultur

4.040	261001	Theater Lübeck gGmbH	-7.749	-8.149	-400	Durch die Tarifabschlüsse ergibt sich für das Theater eine Steigerung bei den Personalaufwendungen um rd. 1.050.000 EUR. Diese Steigerung kann in Höhe von 650.000 EUR durch die Auflösung von Rückstellungen (500.000 EUR) und einen höheren Landeszuschuss (150.000 EUR) kompensiert werden. Zur Sicherstellung der Liquidität ist eine Erhöhung des städt. Zuschusses um 400.000 EUR notwendig
4.040	424002	Lübecker Schwimmbäder	-3.950	-3.950	0	Keine Änderung, vorausgesetzt, der Überschuss 2013 verbleibt im Betrieb
4.510	363002	Jugendhilfe	-39.165	-37.365	1.800	Anpassung des HH-Ansatzes im Bereich der ambulanten Jugendhilfe
Div.	Div.	Personalaufwand	-42.173	-41.773	400	Wenigerbedarf bei Personalaufwendungen durch regelmäßige Ausnutzung von Fluktuationseffekten sowie Folge einer wirtschaftlichen Haushaltsführung
Netto-Budget Fachbereich 4 insgesamt			-165.780	-163.980	1.800	Verbesserung

1.3 Darstellung der zu erwartenden Veränderungen im Ergebnishaushalt 2014

			per 30.08.2014			
Bereich	Produkt	Bezeichnung	bisher TEUR	neu TEUR	Abweichung TEUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
FB 5 Planen und Bauen						
5.610	511003	Stadtplanung u. -entwicklung	-4.569	-4.987	-418	Baureifmachung und Vermarktung der neu zu bebauenden Grundstücke im Gründungsviertel; siehe VO/2014/01728 - Deckung für überplanmäßige Bewilligung gem. § 95 d GO durch GMHL
5.631	521002	Bauaufsicht	233	1.333	1.100	Mehrertrag durch nicht planbare Gebühreneinnahmen für große Bauvorhaben
5.651	111029	Gebäudemanagement	-4.079	-3.661	418	Die zusätzlich zur Verfügung gestellten Bauunterhaltungsmittel werden in 2014 nicht in vollem Umfang kassenwirksam. Aus diesem Grunde konnte eine Deckung der überplanmäßigen Aufwendungen in 2014 für das Gründungsviertel erfolgen.
5.691	552001	Wasser und Hafen	-5.182	-4.882	300	Verbesserung resultiert aus gestiegenen Erträgen bei der Hafentbahn durch Trassenentgeltanpassungen und gestiegende Verkehre
Div.	Div.	Personalaufwand	-37.985	-37.185	800	Die eingeplanten Personalkosten wurden nicht in vollem Umfang benötigt, weil etliche geplante Stellenbesetzungen nicht oder nur um mehrere Monate verzögert umgesetzt werden konnten. Daneben gab es Einsparungen, weil erkrankte MA langfristig nicht dienstfähig waren und auch Aushilfen nicht eingestellt werden konnten.
Netto-Budget Fachbereich 5 insgesamt			-51.462	-49.262	2.200	Verbesserung

Bereich	Produkt	Bezeichnung	bisher TEUR	neu TEUR	per 30.08.2014 Abweichung TEUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7

Gesamt-Entwicklung der Fachbereichs-Budgets 1 - 5			-296.941	-294.882	2.059	Verbesserung
--	--	--	-----------------	-----------------	--------------	---------------------

2. Vorabdotierungen						
2.1	Netto-Sozialhilfe - SGB XII		-25.838	-24.273	1.565	
2.2	Netto-Leistungen für Arbeitsuchende - SGB II		-51.716	-51.716	0	
Vorabdotierungen gesamt			-77.554	-75.989	1.565	
Fachbereichsbudgets			-296.941	-294.882	2.059	
Vorabdotierungen			-77.554	-75.989	1.565	

Budget 2014 gesamt			-374.495	-370.871	3.624	Verbesserung
---------------------------	--	--	-----------------	-----------------	--------------	---------------------

Bereich	Produkt	Bezeichnung	bisher TEUR	neu TEUR	per 30.08.2014		Bemerkungen
					Abweichung		
1	2	3	4	5	6	7	

3. Allgemeine Deckungsmittel

Produkt

611001	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	329.808	358.783	28.975	520 TEUR Mehrertrag Grundsteuer B; 12,5 Mio. EUR Mehrertrag Gewerbesteuer; 6,7 Mio. EUR Mehraufwand Gewerbesteuerumlage; 400 TEUR Mehrertrag Vergnügungssteuer; ca. 300 TEUR Mehrertrag Familienleistungsausgleich gem. Erlass vom 22.01.2014; 4,6 Mio. EUR Mehrertrag Schlüsselzuweisungen gem. Erlass vom 22.01.2014; 750 TEUR Mehrertrag Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben gem. Erlass vom 22.01.2014; 16,7 Mio. EUR vorläufige Konsolidierungshilfe unter Berücksichtigung der verbesserten Jahresabschlüsse
612001	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	-25.995	-26.877	-882	135 TEUR Anpassungen bei der Zuführung zur Versorgungsrücklage gem. der Berechnung der VAK; ca. 1 Mio. EUR Mindererträge aufgrund Neuordnung der Abwicklung der Geschäftsbesorgungsverträge KWL und Trave
612002	Pauschalierter nicht zahlungswirksamer Aufwand zur Vervollständigung des doppelten Haushalts	-13.400	-13.400	0	

					per 30.08.2014	
Bereich	Produkt	Bezeichnung	bisher TEUR	neu TEUR	Abweichung	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
	612003	Grundstücksan- und verkäufe (2.280)	-334	2.986	3.320	1,6 Mio. EUR Mehrerträge aus Veräußerungen von Grundstücken / Geb.; Aufgrund des Auslaufens der Verkaufsaktion Ende 2013 und der Erhöhung der Grunderwerbsteuer haben sich noch diverse Erbbauberechtigte zum Kauf ihres Erbbaurechtes Ende des Jahres entschlossen. Die Kaufpreise hierzu sind erst im Jahr 2014 im technischen Produkt (rd. 2,55 Mio. €) kassenwirksam geworden. 830 TEUR Mehraufwand Abschreibung auf Buchwert für die Grundstücke, die sowohl im Rahmen der Verkaufsaktion als auch der regulären Grundstücksvermarktung veräußert wurden.
	535002	Konzessionsabgaben	13.250	13.250	0	
Allgemeine Deckungsmittel insgesamt			303.329	334.742	31.413	Verbesserung

4. Gesamtauswirkungen auf den Haushalt		Veränderungen der FB-Budgets und der Allgemeinen Deckungsmittel			
	Fehlbedarf 2014	-71.166	-36.129	35.037	Haushaltsverbesserung

		per 30.08.2014				
Bereich	Produkt	Bezeichnung	bisher TEUR	neu TEUR	Abweichung TEUR	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
5. nachrichtlich: Personalaufwendungen (50xxxxx/51xxxxx)						
	FB 1		-18.962	-18.962	0	
	FB 2	inkl. ARGE	-21.319	-21.319	0	
	FB 3		-31.235	-30.995	240	Personaleinsparungen im Bereich Verkehrsangelegenheiten
	FB 4		-42.173	-41.773	400	Wenigerbedarf bei Personalaufwendungen durch regelmäßige Ausnutzung von Fluktuationseffekten sowie Folge einer wirtschaftlichen Haushaltsführung
	FB 5		-37.985	-37.185	800	Personaleinsparungen bei diversen Produkten
		Zwischensumme	-151.674	-150.234	1.440	
		Zuführung zur Pensionsrückstellung Versorgungsempfänger	-13.400	-13.400	0	
		Allg. Deckungsmittel - Zuführung an Versorgungsrücklage	-1.050	-915	135	
Gesamt	Personalaufwendungen		-166.124	-164.549	1.575	Haushaltsverbesserung

1.4:

Überblick über die Entwicklung der Produkthaushaltsseiten

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKTHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

FACHBEREICH: 1 - Bürgermeister		DIE VERÄNDERUNG BETRIFFT:				keine Veränderung
Nr.	PRODUKT Bezeichnung	Leistungs- katalog	Ziele/ Kennzahlen	Struktur- daten	Budget- ergebnis	
111001	Verwaltungsleitung					X
111002	Leitung, Controlling, Dienste FB 1					X
111003	Management Politische Gremien					X
111004	Geschäftsführung für die Verwaltungsleitung					X
111005	Logistik					X
121001	Statistik und Wahlen					X
111007	IT-Architekturmanagement / IT-Service				X	
111008	Zentrale Personalarbeit		X		X	
111098	Entgelte und Bezüge					X
111099	Versorgung				X	
111006	Arbeitsschutz					X
111009	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit					X
111010	Prüfungen, Gutachten, Stellungnahmen					X
111011	Frauenemanzipatorische Gleichstellungsarbeit					X
111034	Gesamtpersonalrat					X
111035	Personalrat FB 1					X
111012	Haushalt und Steuerung					X
111013	Projekt NKF / Doppik					X
111014	Beteiligungscontrolling					X
573001	Grundstücksgesellschaft Metallhüttengelände mbH					X
111016	Buchhaltung und Finanzen					X
111015	Steuern		X			
111017	Rechtsangelegenheiten					X
111030	Passivbesteuerung					X
573011	Grundstücksgesellschaft der Kurhausbetriebe Travemünde mbH					X
						X

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKTHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

FACHBEREICH: 2 - Wirtschaft und Soziales		DIE VERÄNDERUNG BETRIFFT:				keine Veränderung
Nr.	PRODUKT Bezeichnung	Leistungs- katalog	Ziele/ Kennzahlen	Struktur- daten	Budget- ergebnis	
111018	Leitung, Controlling, Dienste FB 2					x
312101	SGB II				x	
312901	Verwaltung SGB II					x
312902	Bürgerarbeit					x
315002	Integration in der Hansestadt Lübeck					x
315201	SeniorInneneinrichtungen				x	
411001	Krankenhausinvestitionsbeitrag					x
418001	Kurbetrieb Travemünde					x
535001	Stadtwerke					x
548001	Bewirtschaftung Flughafen				x	
575001	Lübeck und Travemünde Marketing GmbH (LTM)					x
111019	Personalrat FB 2					x
111020	Grundstücksmanagement				x	
511001	Betreuung Gutachterausschuss					x
522001	Kommunaldarlehen					x
571001	Wirtschaftsförderung					x
573002	Wochen- und Jahrmärkte					x
311001	Grundversorgung u. Hilfen nach dem SGB XII				x	
313001	Hilfen für Asylbewerber				x	
315001	Soziale Einrichtungen und Angebote			x		
321001	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz					x
331001	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege					x
343001	Betreuungsangelegenheiten					x
345001	Leistungen nach dem § 6 BKGG					x
351001	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen			x		
522002	Öffentlich geförderter Wohnungsbau					x
367003	Jugendberufshilfe					x
414001	Gesundheitsamt		x	x		

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKTHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

FACHBEREICH: 4 - Kultur und Bildung			DIE VERÄNDERUNG BETRIFFT:				keine Veränderung
Nr.	PRODUKT Bezeichnung		Leistungs- katalog	Ziele/ Kennzahlen	Struktur- daten	Budget- ergebnis	
111023	Leitung, Controlling, Dienste FB 4						X
261001	Theater Lübeck gGmbH					X	
281001	Kulturangebote						X
281002	Nordische Filmtage						X
361001	Finanzielle Förderung in Kindertageseinrichtungen						X
361003	Tagespflege						X
362001	Planung Jugendarbeit						X
362003	Bildungsfonds						X
363001	Planung Jugendhilfe						X
365001	Planung und Bezuschussung Kindertagesbetreuung						X
367001	Abwicklung Wakenitzhof						X
573003	Lübecker Musik- und Kongresshallen GmbH						X
424002	Lübecker Schwimmbäder						X
251001	Die Lübecker Museen						X
111024	Personalrat FB 4						X
211001	Grundschulen						X
216101	Grund- und Regionalschulen						X
217001	Gymnasien						X
218101	Gesamtschulen						X
218201	Gemeinschaftsschulen						X
221001	Förderzentren						X
233001	Berufsschulen						X
241001	Schülerbeförderung						X
243001	Allgemeine Schulträgeraufgaben						X
243002	Angebote der Ganztagsbetreuung						X
421001	Förderung des Sports						X
424001	Sportstätten						X
424003	Bark Passat/ Passathafen						X
271001	VHS Lübeck						X
111025	Archiv						X
272001	Stadtbibliothek						X
523001	Archäologie und Denkmalpflege						X
363002	Jugendhilfe					X	
341001	Unterhaltsvorschuss						X
365002	Betreuung in Kindertageseinrichtungen						X
362002	Jugendarbeit						X
366001	Jugendfreizeiteinrichtungen						X
367002	Kriminalprävention						X

TEIL 2:
Produkthaushaltsseiten

Produkthaushaltsseiten
Fachbereich 1 – Bürgermeister

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

 ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

111007

PRODUKT: IT-Architekturmanagement / IT-Service

Fachbereich: 1 Bereich: 105 Informationstechnik
 Verantwortlich: Jörg Wenghöfer

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	-6.261	350	-5.911

Begründung der Veränderung:

Aufgrund einer hohen Arbeitsbelastung konnten Projekte nicht wie geplant vorangebracht werden. Durch die Verzögerung entstehen Aufwandseinsparungen in genannter Höhe.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:**Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:**

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

111008

PRODUKT: Zentrale Personalarbeit

Fachbereich: 1 Bereich: 110 Personal- und Organisationservice
Verantwortlich: Gisela Heinrich

Veränderung betrifft:

Ziele/ Kennzahlen

Art der Veränderung:

Ziele 1,2,7 und 8:

Der geplante vollständige Umstieg vom derzeitigen Gehaltsabrechnungs- und Stellenplanprogramm wird nicht mehr im Jahr 2014 abgeschlossen werden können (1,2).

Dementsprechend wird auch das Grundmodul KoPers 2014 noch nicht für die Personalverwaltung genutzt werden können (7). Auch die Bezügeabrechnung wird nur für ausgewählte Pilotbereiche durchgeführt (8). Das gesamte Umstellungsverfahren unterliegt deutlichen zeitlichen Verzögerungen.

Begründung der Veränderung:

Auf Seiten Dataports und des Softwareanbieters konnten die Anforderungen der HL an ein zuverlässiges, korrektes Abrechnungs- und Personalverwaltungsverfahren nicht zeitgemäß erfüllt werden, so dass eine Systemfreigabe zum Gesamtumstieg von Seiten der HL bisher nicht zu verantworten war. Derzeitiger geplanter Umstellungstermin ist nach erfolgreicher Pilotphase der 1.1.2015 (siehe Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen).

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Die Zeitschiene wurde gemeinsam mit Dataport und dem Softwareanbieter überplant. Derzeitiges Umstellungszeitziel für die gesamte Bezügeabrechnung ist der 01.01.2015.

Um bis dahin zumindest schrittweise den Umstieg voranzubringen und die Systemfunktion zu verbessern, wurden zwei Pilotbetriebe (KBT,SIE) für einen Umstieg noch in 2014 ausgewählt.

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

111099

PRODUKT: Versorgung

Fachbereich: 1 Bereich: 110 Personal- und Organisationservice
 Verantwortlich: Gisela Heinrich

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	-705	-120	-825

Begründung der Veränderung

Hoher unplanmäßiger Nachversicherungsbeitrag für eine/n ausgeschiedene/n langjährige/n BeamtIn

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

111015**PRODUKT: Steuern**

Fachbereich: 1 Bereich: 1.220 Steuern
Verantwortlich: Annabell Krawetzke

Veränderung betrifft: Leistungskatalog Ziele/ Kennzahlen**Art der Veränderung:**

Zu 1 - Neufestsetzung der Straßenreinigungsgebühren nach Kalkulation durch die Entsorgungsbetriebe Lübeck
Die Neufestsetzung der Gebühr verschiebt sich voraussichtlich auf 2015.

Begründung der Veränderung:

Nach Auskunft der Entsorgungsbetriebe Lübeck wird sich die Änderung der
Straßenreinigungsgebührensatzung nach der Neukalkulation voraussichtlich auf Anfang 2015 verschieben.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Produkthaushaltsseiten
Fachbereich 2 – Wirtschaft und Soziales

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014
 ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

315201
PRODUKT: SeniorInneneinrichtungen

Fachbereich: 2 Bereich: 000 Fachbereichsleitung
 Verantwortlich: Sven Schindler

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	-877	-956	-1.833

Begründung der Veränderung

In der Vorlage „Nachtragswirtschaftsplanes 2014 für die städtischen SeniorInneneinrichtungen“ zur Sitzung der Bürgerschaft am 18.09.2014 (VO/2014/01861) wird der Jahresverlust nunmehr in Höhe von 1.833.400 EUR geplant. Der im Ursprung Wirtschaftsplan 2014 geplante Jahresverlust, den die Bürgerschaft in ihrer Sitzung im November 2013 mit einem Jahresverlust in Höhe von 877.100 EUR beschlossen hatte, verschlechtert sich somit um 956.300 EUR.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Um das Betriebsergebnis der SIE zu verbessern, soll eine operative Steuerungsunterstützung extern beauftragt werden. Zweck der Beauftragung wird die intensive Suche nach Möglichkeiten zur Kostensenkung im Betrieb in Erweiterung und Ergänzung der bisherigen Untersuchungen sein. Dies wird in enger Zusammenarbeit mit der Bereichsleitung erfolgen. Die zusätzlichen Aufwendungen für die Beauftragung sind dabei über aufzuzeigende Kostensenkungsmöglichkeiten im Betrieb zu refinanzieren.

Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

312101

PRODUKT: SGB II

Fachbereich: 2 Bereich: 021 Fachbereichsdienste
Verantwortlich: Michael Mühleis

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	-51.516	-700	-52.216

Begründung der Veränderung:

Bei den Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz wurden die Aufwendungen bislang in Ermangelung valider Zahlen nach dem erwarteten Ertrag geplant. Die Veränderung resultiert zum einen aus der gestiegenen Inanspruchnahme der Leistungen, zum anderen aus den noch zu befriedigenden Ansprüchen von Leistungserbringern für vorhergehende Abrechnungszeiträume, die nicht mehr periodengerecht in den Vorjahren geordnet werden können.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

111020

PRODUKT: Grundstücksmanagement

Fachbereich: 2 Bereich: 280 Wirtschaft und Liegenschaften
Verantwortlich: Claus Strätz

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	1.184	-600	584

Begründung der Veränderung:

Nicht für den Haushalt 2014 geplante Abrisskosten für das Priwallkrankenhaus. Die Mittel wurden zwischenzeitlich im PSK 111020.5431008 überplanmäßig geordnet.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014**ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE****548001****PRODUKT: Bewirtschaftung Flughafen**

Fachbereich: 2 Bereich: 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften
Verantwortlich: Claus Strätz

Veränderung betrifft: Leistungskatalog Ziele/ Kennzahlen Strukturdaten**Art der Veränderung:**

Über das Vermögen der Yasmina Flughafenmanagementgesellschaft mbH wurde am 23.04.2014 ein Insolvenzverfahren eröffnet. Die Hansestadt Lübeck hat ihre Forderungen aus den vertraglichen Vereinbarungen mit der Yasmina Flughafenmanagementgesellschaft mbH, insbesondere die ausstehenden Pacht- und Mietzahlungen, fristgerecht an den Insolvenzverwalter gemeldet.
Seit dem 1.8.2014 wird der Flughafen Lübeck durch die PuRen Germany GmbH betrieben. Die PuRen ist nach entsprechender Beschlussfassung durch die Bürgerschaft in das damalige Vertragswerk der Yasmina Flughafenmanagement GmbH eingestiegen und hat deren Verpflichtungen weitestgehend übernommen. Die entsprechenden öffentlich-rechtlichen Genehmigungen und privatrechtlichen Vereinbarungen sind damit auf die PuRen übergegangen.

Begründung der Veränderung:**Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:**

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

 ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

548001**PRODUKT: Bewirtschaftung Flughafen**

Fachbereich: 2 Bereich: 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften
 Verantwortlich: Claus Strätz

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	-958	-87	-1.045

Begründung der Veränderung:

Die Verschlechterung ergibt sich aus der Position 5711000 Abschreibungen. Nach Fertigstellung und In-Betriebnahme des Instrumentenlandesystems der Kategorie II war die Abschreibung neu zu berechnen.

In welcher Höhe sich durch die offenen Miete- und Pachtforderungen gegen die Yasmina Flughafenmanagement GmbH eine weitere Verschlechterung des Budgetergebnisses ergibt, wird erst nach Abschluss des Insolvenzverfahrens mit einer Zahlung auf die offenen Forderungen der Gläubiger konkret festzustellen sein.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:**Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:**

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

311001

PRODUKT: Grundversorgung u. Hilfen SGB XII

Fachbereich: 2 Bereich: 500 Soziale Sicherung
Verantwortlich: Claudia Schwartz

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	-25.835	2.000	-23.835

Begründung der Veränderung:

Der erwartete demographische Wandel macht sich in der stationären Hilfe zur Pflege, entgegen der Prognose, nicht bemerkbar. Darüberhinaus ist in der stationären Pflege der Mehraufwand der Pflegesätze durch entsprechende Pflegesatzverhandlungen nicht in erwarteter/geplanter Höhe angefallen.

In der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, Minderaufwand durch besser verhandelte Vergütungsvereinbarungen.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE**315001****PRODUKT: Soziale Einrichtungen und Angebote**

Fachbereich: 2 Bereich: 500 Soziale Sicherung
Verantwortlich: Claudia Schwartz

Veränderung betrifft:**Strukturdaten****Art der Veränderung:**Strukturdaten

Zu lfd. Nr. 1: Reduzierung der Zahl der Beratungskontakte von 1.400 auf 1.000.

Begründung der Veränderung:

Eine Planstelle war 8 Monate nicht besetzt.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Zum 1.09.2014 hat eine neue Kollegin ihre Tätigkeit aufgenommen.

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

351001**PRODUKT: Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**

Fachbereich: 2 Bereich: 500 Soziale Sicherung
Verantwortlich: Claudia Schwartz

Veränderung betrifft:**Strukturdaten****Art der Veränderung:**Strukturdaten

Zu lfd. Nr. 2: Reduzierung der Zahl der Wohngeld-Neu- und Wiederholungsanträge pro Jahr von 7.000 auf 5.500

Begründung der Veränderung:

Zu lfd. Nr. 2: Da das Wohngeldgesetz mit den Mietgrenzen seit 2009 nicht verändert wurde, nahm von Jahr zu Jahr die Zahl der Antragstellungen ab. Eine Gesetzes-Änderung, die zu verbesserten Leistungen führen wird, wird durch den Bund für 2015 vorbereitet.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

414001

PRODUKT: Gesundheitsamt

Fachbereich: 2 Bereich: 530 Gesundheitsamt
Verantwortlich: Dr. Michael Hamschmidt

Veränderung betrifft:	Ziele/ Kennzahlen	Strukturdaten
-----------------------	-------------------	---------------

Art der Veränderung:

- 4.: In der KISS wird es bis zum Jahresende nur 2 Gesamttreffen geben, auch die geplante Zahl von 1.600 Beratungskontakten wird nicht erreicht werden (bis zum 31.07.2014 gab es nur 661 Beratungskontakte).
- 5.: Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurden 11,9% weniger Lebensmittelbelehrungen durchgeführt.
- 6.: Die Zahl der amtsärztlichen Leichenschauen ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 16% gesunken (von 1.642 auf 1.378 bis Ende Juli).
- 7a.: Im Sozialspsychiatrischen Dienst bestehen nach wie vor massive Verzögerungen bei der Bearbeitung von Gutachten, die Wartezeit beträgt ca. 2 1/2 Monate.

Begründung der Veränderung:

- Zu 4.: Personaleinsparung.
- Zu 5.: Ursache dürfte eine Zahlenerhöhung im Vorjahr durch einmalig nachgeholte Belehrungen für MitarbeiterInnen eines größeren Arbeitgebers in Lübeck sein.
- Zu 6.: Ursache ist wahrscheinlich eine sogenannte "Übersterblichkeit" im Winter/Frühjahr des Vorjahres.
- Zu 7a.: Weiterhin Personalmangel.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

- Zu 4.: Die Zahlen für die Beratungskontakte wurden auf 1.100 ab 2015 gesenkt, die Zahlen für die Gesamttreffen auf 2 pro Jahr reduziert.
- Zu 5.: Die Planungszahlen ab 2015 sollten von 4.600 auf 4.400 gesenkt werden (im Vorjahr hatten wir 4.716 Belehrungen).
- Zu 6.: Die für 2015 auf 2.500 hochgesetzten Planungszahlen sollten auf 2.200 reduziert werden.
- Zu 7a.: Die schon seit 2 Jahren nicht besetzte halbe ärztliche Stelle im Sozialspsychiatrischen Dienst ist im Mai besetzt worden.

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

414001

PRODUKT: Gesundheitsamt

Fachbereich: 2 Bereich: 530 Gesundheitsamt
Verantwortlich: Dr. Michael Hamschmidt

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	-3.089	0	-3.089

Begründung der Veränderung:

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:

In allen Gutachtenbereichen des Gesundheitsamtes ist ein Ansteigen der Gutachtenzahlen bei Gutachten im Zusammenhang mit AsylbewerberInnen zu verzeichnen, ein Kurzbericht dazu wird beim Jahresabschluss erstellt werden.

Die im 1. Quartal beobachtete deutliche Steigerung der Klientenkontakte und Beratungen im sozialen Umfeld im Bereich des Sozialpsychiatrischen Dienstes hat sich jetzt zwar nicht fortgesetzt, dieses liegt aber ausschließlich daran, dass aufgrund von Personalmangel/Krankheit eigentlich notwendige Beratungen nicht erfolgen konnten.

Im Infektionsschutz ist selbst eine Minimalbesetzung nicht mehr gewährleistet, da zum einen eine längerfristige Erkrankung vorliegt und außerdem eine dringendst von extern wieder zu besetzende Stelle nicht freigegeben wurde.

Produkthaushaltsseiten
Fachbereich 3 – Umwelt, Sicherheit und Ordnung

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKSHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

122005

PRODUKT: Verkehrsangelegenheiten

Fachbereich: 3 Bereich: 327 Verkehrsangelegenheiten
Verantwortlich: Norbert Siegrist

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	1.265	640	1.905

Begründung der Veränderung:

Insgesamt 400 TEUR Mehreinnahmen bei den Verwaltungsgebühren und bei den Bußgeldern (Mindereinnahmen im ruhenden Verkehr werden durch Mehreinnahmen im fließendem Verkehr und im Führerscheinwesen kompensiert.)

Zusätzliche Personalkosten aufgrund der Rückführung der privaten Zulassungen werden kompensiert durch unbesetzte Stellen und krankheitsbedingte Ausfälle. Es werden Personalminderausgaben in Höhe von 240 TEUR erwartet.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

keine

Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:

keine

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

122006

PRODUKT: Standesamt

Fachbereich: 3 Bereich: 340 Standesamt
Verantwortlich: Regina Teege

Veränderung betrifft:

Strukturdaten

Art der Veränderung:

Die erwartete Zahl der Kirchenaustritte von 900 für 2014 ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt um 200 überschritten.

Erwartet werden für 2014 mindestens 1500 Kirchenaustritte, d.h. eine Steigerung von rund 70 Prozent.

Begründung der Veränderung:

Ab dem 01.01.2015 führen die Banken bei Mitgliedern der christlichen Kirchen zusätzlich zu der Kapitalertragssteuer nunmehr auch automatisch die Kirchensteuer ab.

De facto ändert sich die Höhe der zu entrichtenden Kirchensteuer damit nicht, da auch nach dem bisherigen Recht auf Kapitalerträge Kirchensteuer fällig wurde. Verstöße wurden jedoch vom Finanzamt nicht geahndet. Da die BürgerInnen von den Banken auf diese Automatik hingewiesen wurden, kommt es in der Folge zu den vermehrten Kirchenaustritten.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Anpassungen/Korrekturen sind nicht erforderlich, da erwartet wird, dass sich die Zahl der Kirchenaustritte im nächsten Jahr wieder normalisieren wird.

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKSHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

126001

PRODUKT: Gefahrenabwehr

Fachbereich: 3 Bereich: 370 Feuerwehr
Verantwortlich: Oliver Bäch

Veränderung betrifft:

Ziele/ Kennzahlen

Strukturdaten

Art der Veränderung:

Zum Ziel 2:

Ziel ist es, in 80 % der Fälle die Einsatzstelle mit weiteren 6 Feuerwehrleuten in 15 Minuten nach Eingang des Notrufs zu erreichen. Dieses Ziel wird voraussichtlich nicht zu 80 %, sondern nur zu 70 % erreicht werden.

Strukturdaten:

Die Einsätze zu technischen Hilfeleistungen werden sich voraussichtlich von 900 auf 1.100 erhöhen.

Sicherheitswachen werden sich voraussichtlich von 1.500 Std. auf 1.900 Std. erhöhen.

Die Zahl der aktiven Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren beträgt aktuell 805 statt geplanten 730.

Begründung der Veränderung:

Wie bereits zum Jahresbericht 2013 dargestellt, wird der Einsatzort aufgrund der parallelen Alarmierung zweier Freiw. Feuerwehren (FF) innerhalb von 15 Minuten nach Eingang des Notrufs nur von der ersten FF mit 4 oder 5 Einsatzkräften erreicht, womit nur 14 bis 15 Einsatzkräfte termingerecht am Einsatzort sind. Die parallel alarmierte zweite FF trifft aufgrund eines längeren Anfahrtweges aber wenig später ein.

In anderen Fällen wird bereits kurz nach Eintreffen der ersten Einsatzkräfte an der Einsatzstelle festgelegt, dass keine weiteren Kräfte erforderlich sind. Die noch auf der Anfahrt befindlichen FF`en brechen dann die Alarmfahrt ab, wodurch keine 16 Feuerwehrleute den Einsatzort erreichen.

Bei Einsätzen im Wachgebiet 3 werden die 10 Feuerwehrleute in 10 Minuten nur durch die zuerst am Einsatzort eintreffenden Freiw. Feuerwehrleute erreicht, da die Feuerwache 3 der Berufsfeuerwehr nur über 8 Einsatzkräfte verfügt. Oftmals können von dieser ersteintreffenden FF nicht noch weitere 6 Feuerwehrleute gestellt werden. Die Einsatzkräfte der parallel alarmierten Feuerwache 4 der Berufsfeuerwehr erreichen den Einsatzort aufgrund des längeren Anfahrtweges oft nicht innerhalb der Frist von 15 Minuten. Die Hilfsfrist von 15 Minuten wird dann nur bei rechtzeitigen Eintreffen eines zweiten Fahrzeugs der FF erreicht.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Mit Inbetriebnahme des Neubaus der Feuerwache 3 können dort zwei Funktionsstellen mehr besetzt werden, sodass von der Berufsfeuerwehr generell 10 statt bisher 8 Einsatzkräfte von dort ausrücken.

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

127001

PRODUKT: Rettungsdienst

Fachbereich: 3 Bereich: 370 Feuerwehr
Verantwortlich: Oliver Bäth

Veränderung betrifft:

Strukturdaten

Art der Veränderung:

Erhöhung der Rettungswageneinsätze von geplanten 20.000 Einsätzen auf voraussichtlich 21.100 Einsätze.
Erhöhung der Krankentransporte von geplanten 29.000 Einsätzen auf voraussichtlich 33.400 Einsätze.
Erhöhung der Vorhaltestunden für Krankentransporte von geplanten 48.910 Stunden auf voraussichtlich 58.400 Stunden.
Erhöhung der eingesetzten Vollkräfte der Berufsfeuerwehr von geplanten 45 Vollkräfte auf voraussichtlich 53 Vollkräfte.

Begründung der Veränderung:

Die Erhöhung der Vorhaltestunden für Rettungsmittel erfolgte auf der Grundlage zweier Neubemessungen aus dem Herbst 2013 und dem Frühjahr 2014, die durch einen unabhängigen externen Gutachter vorgenommen und von den Kostenträgern (Krankenkassen) bereits akzeptiert wurden. In die Neubemessung der Rettungsmittelvorhaltung flossen neben den tatsächlichen Einsatzzahlen weitere Faktoren ein, wie z. B. die Wahrscheinlichkeit des gleichzeitigen Auftretens mehrerer Einsätze.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Die gutachtlich ermittelte Erhöhung der Rettungsmittelvorhaltung wurde im April 2014 umgesetzt. Sie wird finanzielle Auswirkungen im Rahmen der nächsten Verhandlungen über die Höhe der Rettungsdienstentgelte mit den Kostenträgern (Krankenkassen) haben, die für Oktober 2014 anberaumt sind.

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKSHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

127001

PRODUKT: Rettungsdienst

Fachbereich: 3 Bereich: 370 Feuerwehr
Verantwortlich: Oliver Bäth

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	1.078	-378	700

Begründung der Veränderung:

Bereits jetzt ist erkennbar, dass die von der Schiedsstelle für den Rettungsdienst im Juni 2013 festgesetzten Entgelte noch nicht einmal die laufenden Aufwendungen für den Rettungsdienst des Jahres 2014 in vollem Umfang decken werden. Der dadurch vorgesehene Ausgleich von Verlusten aus Vorjahren wird 2014 voraussichtlich nicht eintreten und erst später realisiert werden können. Das Schiedsstellenverfahren berücksichtigte die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2006 bis 2010 sowie geplante Aufwendungen und Erträge für das Jahr 2011, aber nicht inzwischen erforderlich gewordene erhöhte Aufwendungen aufgrund erhöhter Rettungsmittelvorhaltung.

Das geänderte Budgetergebnis ergibt sich aus einem erhöhten Aufwand, der aus einer gutachtlich ermittelten Erhöhung der wöchentlichen Vorhaltstunden des Rettungsdienstes resultiert, die seit April 2014 umgesetzt wird und bei der Festlegung der aktuellen Entgelte noch keine Berücksichtigung fand.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Verhandlungen zur Vereinbarung neuer Rettungsdienstentgelte mit den Kostenträgern sind eingeleitet. In diese Verhandlungen werden die tatsächlichen Aufwendungen und Erträge des Rettungsdienstes der Jahre 2011 bis 2013 sowie die geplanten Aufwendungen und Erträge der Jahre 2014 und 2015 einfließen. Die neu zu vereinbarenden Entgelte des Rettungsdienstes werden einen Ausgleich der Jahresergebnisse der abgeschlossenen Rechnungsjahre von 2006 bis 2013 beinhalten und aufgelaufene Verluste damit berücksichtigen. Eine Vereinbarung neuer Entgelte wird frühestens im Herbst 2014 erwartet. Die Umsetzung höherer Erträge wird voraussichtlich erst ab dem Haushaltsjahr 2015 kassenwirksam, weil sich an die Verhandlung in der Regel ein mehrwöchiges formales Verfahren zur Unterzeichnung der Vereinbarung anschließt, bevor neue Entgelte erhoben werden dürfen.

Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKSHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

122004

PRODUKT: Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz

Fachbereich: 3 Bereich: 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Verantwortlich: Birgit Hartmann

Veränderung betrifft:

Ziele/ Kennzahlen

Strukturdaten

Art der Veränderung:

Zielvereinbarung und Kennzahl lfd. Nr. 1:

zu 1.3 Einhaltung der Kontrollfristen bei der amtstierärztl. Lebensmittelüberwachung gem. Risikobewertung (BALVI): Die Kontrollfristen können in vielen Fällen nicht eingehalten werden. Es werden voraussichtlich nicht 90% sondern nur 60% erreicht.

Zielvereinbarung und Kennzahl lfd. Nr. 2: Einhaltung der Kontrollfristen bei der Lebensmittelüberwachung gem. Risikobewertung (BALVI): Die Kontrollfristen können in vielen Fällen nicht eingehalten werden. Es werden voraussichtlich nicht 90 % sondern nur 60 % erreicht.

Strukturdaten lfd. Nr. 3: Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
Die Zahl steigt stetig an.

Strukturdaten lfd. Nr. 4: Erstbewertung potentieller Altlastverdachtsflächen ("P1-Fälle")
Die Anzahl der Altlastenanfragen durch Private und Gewerbetreibende schwankt von Jahr zu Jahr erheblich.

Strukturdaten lfd. Nr. 5.: 5.1 Private Abfallablagerungen - Reduzierung von 60 auf 30
5.2 Öffentliche Abfallablagerungen - Reduzierung von 700 auf 400

Begründung der Veränderung:

Zielvereinbarungen und Kennzahlen lfd. Nr. 1 und 2:

Lange Krankheitszeiten, Personalabgänge, Mangel an geeigneten Bewerbern bei der Wiederbesetzung von Planstellen und leistungsgeminderte Mitarbeiter

Strukturdaten lfd. Nr. 3: Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
Es ist zu erwarten, dass durch EDV-Vervollständigung und verstärkte Vor-Ort-Kontrollen die Zahl weiter ansteigt.

Strukturdaten lfd. Nr. 4: Erstbewertung potentieller Altlastverdachtsflächen ("P1-Fälle")
Die Anzahl der Altlastenanfragen kann seitens der Behörde nicht beeinflusst werden.

Strukturdaten lfd. Nr. 5: Private und Öffentliche Abfallablagerungen
Die Meldungen über "wilde" Abfallablagerungen auf öffentlichen und privaten Grundstücken gehen zurück.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Zielvereinbarungen und Kennzahlen lfd. Nr. 1 und 2:

Besetzung der offenen Planstellen und eine Entlastung des Kontrollpersonals von Verwaltungstätigkeiten

Strukturdaten lfd. Nr. 3: Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
Durch Einstellung einer Vertretungskraft könnten die steigenden Zahlen bewältigt werden.

Strukturdaten lfd. Nr. 4: Erstbewertung pot. Altlastverdachtsflächen ("P1-Fälle") und lfd. Nr. 5: Private und Öffentliche Abfallablagerungen
Anpassungen und Korrekturen sind nicht erforderlich.

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

554001**PRODUKT: Naturschutz und Landschaftspflege**

Fachbereich: 3 Bereich: 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Verantwortlich: Birgit Hartmann

Veränderung betrifft:**Ziele/ Kennzahlen****Art der Veränderung:**

Zielvereinbarung und Kennzahl lfd.Nr. 2

Texte und Pläne für den thematischen Landschaftsplan "Biologische Vielfalt" sind erstellt und abgestimmt.

Änderung der Zielvereinbarung und der Kennzahl: Texte und Pläne sind nur zum Teil erstellt und nicht abgestimmt.

Begründung der Veränderung:

Das Ziel kann nicht vollständig erreicht werden. Die Bearbeitung des Landschaftsplans musste zurückgestellt werden, da stattdessen am innerstädtischen Abstimmungsprozess "Zukunftsorientierte Stadtentwicklung - Lübeck 2030" mitgearbeitet wurde.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

561001**PRODUKT: Umweltschutzmaßnahmen**

Fachbereich: 3 Bereich: 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Verantwortlich: Birgit Hartmann

Veränderung betrifft:**Ziele/ Kennzahlen****Art der Veränderung:**

Zielvereinbarung und Kennzahl lfd. Nr.1.2 Lärmaktionsplan "Schienenwege" erstellen und Vorlage bei der Bereichsleitung

Änderung der Zielvereinbarung und Kennzahl: Die Vorlage wurde nicht erstellt.

Begründung der Veränderung:

Die Vorlage konnte nicht erstellt werden, da die Deutsche Bahn die notwendigen Lärmdaten bisher nicht vorgelegt hat.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

555001

PRODUKT: Land- und Forstwirtschaft

Fachbereich: 3 Bereich: 820 Stadtwald
Verantwortlich: Knut Sturm

Veränderung betrifft:	Ziele/ Kennzahlen	Strukturdaten
-----------------------	-------------------	---------------

Art der Veränderung:

Weniger Einnahmen aus Holzverkauf bei den Leitsortimenten Eiche, Buche, Edellaubholz -- Stark- bzw. Wertholz. Insgesamt wurden 200 fm Eiche, 250 fm Buche und 50 fm Edellaubholz weniger eingeschlagen. Dies bedeutet einen Einnahmeverlust von ca. 130 TEUR.

Begründung der Veränderung:

Sehr früh einsetzendes Frühjahr und damit stark verkürzter Starkholzeinschlagszeitraum. Im Vergleich zum vorherigen Jahr ca. 4 - 5 Wochen weniger Zeit.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Der stärkere Nadelholzeinschlag ab Spätsommer konnte die Mindereinnahmen beim Laubholz nicht ausgleichen.

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

555001

PRODUKT: Land- und Forstwirtschaft

Fachbereich: 3 Bereich: 820 Stadtwald
Verantwortlich: Knut Sturm

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	-173	-130	-303

Begründung der Veränderung:

Siehe Ziele/ Kennzahlen

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:

Produkthaushaltsseiten
Fachbereich 4 – Kultur und Bildung

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

261001

PRODUKT: Theater Lübeck gGmbH

Fachbereich: 4 Bereich: 4.040 FBL 4 - Kultur und Bildung
Verantwortlich: Annette Borns

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	7.749	-400	7.349

Begründung der Veränderung:

Durch die Tarifabschlüsse ergibt sich für das Theater eine Steigerung bei den Personalaufwendungen um rd. 1.050.000 EUR. Diese Steigerung kann in Höhe von 650.000 EUR durch die Auflösung von Rückstellungen (500.000 EUR) und einen höheren Landeszuschuss (150.000 EUR) kompensiert werden. Zur Sicherstellung der Liquidität ist eine Erhöhung des städt. Zuschusses um 400.000 EUR notwendig.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKSHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

363002

PRODUKT: Jugendhilfe

Fachbereich: 4 Bereich: 4.510 Familienhilfen / Jugendamt
Verantwortlich: Renate Junghans

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	-39.165	1.800	-37.365

Begründung der Veränderung:

Die Haushaltsplanung für 2014 wurde im Sommer 2013 vorgenommen, bevor der Bereich Familienhilfen/Jugendamt seine Hochrechnungen verbessert und mit der Einführung eines Berichtswesens begonnen hatte.

Im Rahmen der verbesserten Auswertungen hat der Bereich eine Gesamtbetrachtung der Jugendhilfeausgaben für den Zeitraum 2011 - 2014 vorgenommen, die entsprechend der auch landesweit bzw. bundesweit sich abzeichnenden Entwicklung einen linearen jährlichen Anstieg von rund 6,7 % im ambulanten Bereich, 5 % im stationären Bereich sowie 10 % bei den Kostenerstattungen zeigt.

Vor diesem Hintergrund und auf Grundlage der neu eingeführten monatlichen Hochrechnungen wird der Haushaltsansatz 2014 im Bereich der ambulanten Jugendhilfe nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen. Es ist nach den derzeitigen Erkenntnissen davon auszugehen, dass das Budget des Produktes Jugendhilfe zum Jahresende mit einem positiven Ergebnis in Höhe von voraussichtlich 1,8 Mio € abschließen wird.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:

Produkthaushaltsseiten
Fachbereich 5 – Planen und Bauen

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

 ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

511003

PRODUKT: Stadtplanung und -entwicklung
 Fachbereich: 5 Bereich: 610 Stadtplanung
 Verantwortlich: Karsten Schröder
Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	-4.569	-418	-4.987

Begründung der Veränderung

Die Bürgerschaft hat am 26.06.2014 beschlossen beim Produktsachkonto 511003.000.5431008 für das Haushaltsjahr 2014 418.000 EUR für Baureifmachung und Vermarktung der neu zu bebauenden Grundstücke im Gründungsquartier überplanmäßig gem. § 95 d GO zu bewilligen. Deckung: Minderaufwendungen bei dem Produkt 111029 - Gebäudemanagement 418.000 EUR.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:**Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:**

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

521002

PRODUKT: Bauaufsicht

Fachbereich: 5 Bereich: 631 Bauordnung und Statikprüfung
Verantwortlich: Joachim Lauenroth

Veränderung betrifft: Budgetergebnis (nach interner Leistungsabrechnung)

	Plan 2014	Änderung	Neu 2014
Budgetergebnis (in TEUR)	-233	1.100	-1.399

Begründung der Veränderung

Durch nichtplanbare Gebühreneinnahmen für große Bauvorhaben liegen die Erträge deutlich über der Planung.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

Zusätzliche steuerungs- und/oder ergebnisrelevante Informationen zum Produkt:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

541001**PRODUKT: Gemeindestraßen**

Fachbereich: 5 Bereich: 550 Stadtgrün und Verkehr
Verantwortlich: Dr. Stefan Klotz

Veränderung betrifft:**Ziele/ Kennzahlen****Art der Veränderung:**

1. Die Instandsetzung des Nils-Bohr-Ringes kann nicht in 2014 erfolgen.
2. Der Ersatzneubau der Straßenbrücke Reecke wird in 2014 zu max. 50 % erfolgen.

Begründung der Veränderung:

zu 1.: Für die Maßnahme stehen unter Berücksichtigung gesetzter Prioritäten keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Zu 2.: Aufgrund des Sperrvermerks im Haushalt hat sich der Baubeginn verzögert, somit verschiebt sich die Fertigstellung.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

542001**PRODUKT: Kreisstraßen**

Fachbereich: 5 Bereich: 550 Stadtgrün und Verkehr
Verantwortlich: Dr. Stefan Klotz

Veränderung betrifft:**Ziele/ Kennzahlen****Art der Veränderung:**

1. Die Instandsetzung der Walderseestraße kann nicht in 2014 erfolgen.

Begründung der Veränderung:

zu 1.: Für die Maßnahme stehen unter Berücksichtigung gesetzter Prioritäten keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:

ZWISCHENBERICHT FÜR DIE MONATE JANUAR BIS AUGUST 2014

ÜBER VERÄNDERUNGEN DER IM PRODUKHAUSHALTSPLAN FÜR 2014 VEREINBARTEN KONTRAKTE

544001**PRODUKT: Bundesstraßen**

Fachbereich: 5 Bereich: 550 Stadtgrün und Verkehr
Verantwortlich: Dr. Stefan Klotz

Veränderung betrifft:**Ziele/ Kennzahlen****Art der Veränderung:**

1. Der Ersatzneubau der Possehlbrücke verzögert sich um ca. 6 Monate.

Begründung der Veränderung:

zu 1.: Aufgrund der Baugrundproblematik hat sich eine zeitliche Verzögerung von rd. 6 Monaten ergeben, so dass in 2014 nicht 75% der Baumaßnahme erfolgen können.

Vorschläge für Anpassungen und Korrekturen:



► Nr. VO/2014/01952
öffentlich

Lübeck, 11.09.2014

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
5.651 - Gebäudemanagement

Bearbeitung: Rainer Schellenberger (E-Mail: rainer.schellenberger@luebeck.de Telefon: 122 - 6510)

Mitteilung über die Eilentscheidung des Bgm. über eine außerplanmäßige Bewilligung Schule Groß Steinrade / Umbau

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
24.09.2014	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
06.10.2014	Bauausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Mitteilung über die Eilentscheidung des Bürgermeisters vom 11.08.2014 gem. § 65 Abs. 4 Satz 3 der Gemeindeordnung

Hier: Außerplanmäßige Bewilligung für das Produktsachkonto 111029.187.7851000 Schule Groß Steinrade / Umbau durch Minderauszahlungen bei dem Produktsachkonto 111029.273.7851000 Raumplanung / Hochbaumaßnahmen in Höhe von 850.000,- EUR.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: keine

Ergebnis:

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:

Ja
 Nein

Begründung:

Eine Beteiligung ist nicht erfolgt, da die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht berührt sind.

Die Maßnahme ist:

neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

Nein
 Ja (Anlage 1)

Bericht:

siehe Eilentscheidung vom 11.08.2014

Anlagen :
Anordnung der Eilentscheidung vom 11.08.2014

Senator/in F. - P. Boden

Fachbereich 5 PLANEN UND BAUEN
5.651 - Gebäudemanagement
 651.12 sa

Datum: 31.07.2014
 Sachbearbeiter/in: Dennis Bunk
 Telefon: 122-6500
 E-Mail: dennis.bunk@luebeck.de

Herrn Bürgermeister

über

1.101 – Bürgermeisterkanzlei (3-fach)

Anordnung einer Eilentscheidung

**hier: über-/außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln über 250.000 EUR
 gem § 95 d GO i.V.m. § 4 der Haushaltssatzung**

Hiermit wird gemäß § 65 (4) der Gemeindeordnung (GO) für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBL Schl.-H. S.57) folgende Eilentscheidung beantragt:

Bei dem Produktsachkonto/Bezeichnung 111029187.7851000 Gebäudemanagement / Schule
 Groß Steinrade / Umbau / Hochbaumaßnahmen

werden für das Haushaltsjahr 2014

850.000,00 EUR

für die Sanierung/Umbau/Neubau der Schule Groß Steinrade

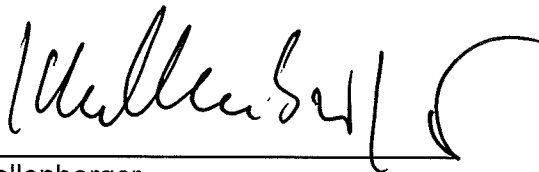
überplanmäßig/außerplanmäßig gem. § 95 d GO bewilligt.

Deckung:

Minderauszahlungen

bei dem Produktsachkonto 111029 273.7851000 Gebäudemanagement / Raumplanung /
 Hochbaumaßnahmen 850.000,00 EUR

Die haushaltsmäßige Ordnung ist mit dem Bereich 1.201 Haushalt und Steuerung abgestimmt.



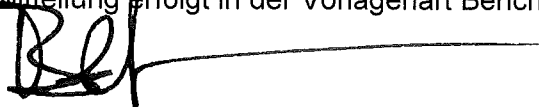
Schellenberger
 i.V. Bereichsleitung GMHL

Der Bürgermeister

Lübeck, den



Hiermit ordne ich die vorstehende Eilentscheidung an. Die Gründe für die Eilentscheidung sowie die Art der Erledigung sind der Bürgerschaft in der nächsten Sitzung unverzüglich mitzuteilen. Die Mitteilung erfolgt in der Vorlagenart Bericht.



Bürgermeister

Unterschiedene Eilentscheidung an:

1. Antragender Bereich
2. Haushalt und Steuer

Anlage

Begründung:

Anlass der Sanierungsmaßnahme:

Das Gebäude der Schule Groß Steinrade wurde im Dezember 2013 aufgrund akuten Schimmelbefalls gesperrt. Eine schnelle und kurzfristige Wiedereröffnung der Schule ist aufgrund des Schadensumfangs (flächiger gesundheitsgefährdender Schimmelbefall) nicht möglich gewesen. Die Schimmelpilzbeseitigung ist finanziell und arbeitstechnisch nicht losgelöst von einer baukonstruktiven Sanierung zu betrachten. Die Kinder werden seit Dezember 2013 mit einem Bus in die Pestalozzi-Schule gefahren.

Laut Bürgerschaftsbeschluss vom 27.03.2014, VO / 2014 / 01435, war zunächst die Umsetzung der Variante 3 a b.) Sanierung exklusive Dachgeschossausbau mit der Schule Groß Steinrade als Außenstelle der Schule Schönböcken durch das Architekturbüro Heske Hochgürtel Lohse aus Lübeck zu überprüfen. Dazu sind umfangreiche Sanierungsuntersuchungen durchgeführt worden. Daraus resultiert der nachfolgende Sanierungsvorschlag.

Mit Bürgerschaftsbeschluss vom 26.06.2014, VO/2014/01734 sind weitere Varianten durch ein verändertes Raumprogramm zu untersuchen. Diese Untersuchung wird ebenfalls vom Architekturbüro Heske Hochgürtel Lohse aus Lübeck durchgeführt. Unabhängig von der neuen Planung sind für das Bestandsgebäude Schule Groß Steinrade die folgenden Sanierungsempfehlungen zu beachten.

Sanierungsvorschlag:

Eine Sanierung der Schule kann nicht im laufenden Schulbetrieb vorgenommen werden. Auf dem Gelände der Schule und Kita Steinrade wurden Container gestellt, die die Beschulung für die kommenden zwei Jahre bis zur Sanierung des Altgebäudes ermöglichen.

Gründung/Boden

Der vorhandene/alte Bodenaufbau wird komplett abgebrochen, der Keller verfüllt. Zu prüfen bleibt, ob die Bodenpressung die neuen Konstruktions- und Verkehrslasten vertragen kann. Dazu wird noch ein Baugrundgutachten eingeholt.

Wände

Das Ziegelmauerwerk befindet sich in einem guten Zustand. Es gibt partielle Schädigungen im Sockelbereich der Außenwände durch defekte Regenwasserfallrohre. Hier sind Steine auszutauschen, die Verfugung muss erneuert werden. Sichtbare Risse im Mauerwerk werden verpresst. Beide Hauszugänge werden ertüchtigt. Auch hier finden sich Schädigungen im Ziegelmauerwerk.

Die Mauerkrone muss umlaufend saniert werden. Im Bereich der Westseite muss eine Schwammsanierung erfolgen. Die Herstellung eines Stahlbeton-Ringbalkens auf allen tragenden Innen- und Außenwänden bildet das neue Auflager für Decke und Dachstuhl. Die Außenwände werden durch eine Innendämmung bauphysikalisch verbessert. Alle Fenster sind auszutauschen.

Decke

Um einen späteren Dachgeschossausbau zu ermöglichen, soll die Holzbalkendecke über dem Erdgeschoss ertüchtigt werden. Dazu wird eine zusätzliche Balkenlage notwendig. Weiterhin wird auch die Brandschutzanforderung F30 geplant, da sich im Dachgeschoss die Haustechnik befinden wird und eine spätere Nutzung des Dachbereichs die Decke zur Trennung zwischen den Geschossen bildet.

Durch den Schwammbefall und die defekten Randbalken wird eine Sanierung des Bestandes unwirtschaftlich. Daher wird eine neue Decke notwendig. Empfohlen wird eine Massivholzdecke. Diese Decke erfüllt sofort die Anforderungen an die Tragfähigkeit der Verkehrslast, den Brand- und Schallschutz. Trotzdem bleibt es eine „leichte Konstruktion“ gegenüber einer Betondecke, um die Gründung nicht zu überfordern.

Die Unterseite der Decke muss zusätzlich raumakustische Anforderungen bewältigen, um geringe Nachhallzeiten zur besseren Sprachverständlichkeit zu erzielen.

Dach

Auch für die Dachkonstruktion besteht die Empfehlung einen neuen Dachstuhl aufzustellen. Schon aus statischen Gründen müssen ca. 50% der Hölzer getauscht werden. Für den Bauzustand der Sanierung wären hohe zusätzliche Sicherungsmaßnahmen der zu erhaltenden Teile nötig. Weiterhin würde die Nutzung des Dachraums die Verlagerung der Dämmebene in die Lage der Sparren bedingen. Damit hier die notwendige Dämmung untergebracht werden kann wird ein neuer Balkenquerschnitt erforderlich. Nach Angabe von Herrn Keller ist der Hausbock noch aktiv. Entweder erfolgt eine Bekämpfung des Schädling, oder die befallenen Teile werden komplett ausgetauscht. Auf Grund der innen liegenden Konstruktion sollte die thermische Bekämpfung der chemischen vorgezogen werden. Evtl. sind die Kosten der Bekämpfung höher, als der Austausch der betroffenen Bauteile.

Haustechnik

Die neue Technikzentrale wird im Dachgeschoss aufgestellt. Als Energieträger für die Heizung soll der vorhandene Gasanschluss gewählt werden. Im ersten Ansatz wird eine Fußbodenheizung geplant. Generell soll eine Empfehlung des Haustechnikplaners aus dem Zusammenspiel der Heizung und Lüftung erfolgen.

Lüftung

Grundsätzlich erfolgt der Luftaustausch durch die Fensterlüftung. Auf Grund der Lage der Schule ist nicht mit störenden Lärmpegeln von außen zu rechnen.

Um im Alltag die Einhaltung der Grenzwerte (Empfehlungen des Umweltbundesamtes für Raumhygiene in Schulen) sicherzustellen, wird eine mechanischen Be- und Entlüftungsanlage empfohlen. Weiterhin kann im Sommer eine Nachtlüftung erfolgen, die zur Abkühlung der Bauteiloberflächen beitragen kann. Eine Klimatisierung wird nicht geplant. Die Auslegung wird durch die Fachplanung bestimmt.

Begründung der Eilbedürftigkeit:

Die Eilbedürftigkeit ist gegeben, da die Bürgerschaft erst wieder am 18.09.2014 tagt und für die weitere Planungsuntersuchung eine unverzügliche Beauftragung gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom 26.06.2014, VO/2014/01734 zu veranlassen ist, da andernfalls die Planung der Varianten als Entscheidungsgrundlage für die Bürgerschaft nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann. Eine schnelle Umsetzung der Maßnahme reduziert zudem die laufenden Aufwendungen für die Containerschule am Standort.

**► Nr. VO/2014/01613
öffentlich**

Lübeck, 19.05.2014

Vorlage**Verantwortliche Bereiche:
5.610 - Stadtplanung****Bearbeitung:** Yvonne Biermann (E-Mail: yvonne.biermann@luebeck.de Telefon: 122-6117)**Parallelbeauftragung von vier Architekturbüros für die Gestaltung und Einbindung eines Parkhauses im Rahmen der Neuordnung des Burgfeldes****Beratungsfolge:**

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
16.06.2014	Bauausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.06.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Zur Erlangung von alternativen Entwürfen für die Gestaltung und Einbindung eines in den Hang des Burgfeldes eingeschobenen Parkhauses werden vier Architekturbüros vorbehaltlich der Annahme der Einzelspende der Possehl-Stiftung (siehe Vorlage Nr. VO/2014/01623) parallel beauftragt.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 1.201 Haushalt und Steuern
5.661 Verkehr

Ergebnis: Zustimmend; keine Bedenken

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:

Ja
Nein

Begründung:

Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 47 f GO ist nicht erforderlich, da die Belange von Kindern und Jugendlichen durch die Beauftragung von Architekturbüros für die Einbindung und Gestaltung eines Parkhauses nicht in besonderem Maße berührt werden.

Die Maßnahme ist:

neu
freiwillig
vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

Nein
Ja (Anlage 1)

Begründung:

siehe Anlage 1

Anlagen:

- 1 Begründung zur Beauftragung von Architekturbüros für den Bau eines Parkhauses
- 2 Übersichtsplan über die Lage des Parkhauses

Senator/in F. - P. Boden

BEGRÜNDUNG

zur

Parallelbeauftragung von vier Architekturbüros für die Gestaltung und Einbindung einer Tiefgarage im Rahmen der Neuordnung des Burgfeldes

Seit nunmehr 14 Jahren gibt es Überlegungen, den Gustav-Radbruch-Platz umzugestalten und zu einem ansprechenden Entrée zur Lübecker Altstadt zu machen. Heute stellt sich der Platz als großflächig asphaltierte, vom Verkehr beherrschte Fläche dar. Mit der Aufwertung des Burgfeldes zu einem attraktiven, den vielfältigen Nutzungsanforderungen gerecht werdenden Stadteingang kann die mit dem Bau des Europäischen Hansemuseums eingeleitete Aufwertung der nördlichen Altstadtinsel fortgesetzt werden.

Im Zusammenhang mit Umbaumaßnahmen des Burgfeldes besteht die Chance, Parkmöglichkeiten in größerem Umfang in unmittelbarer Nähe zur Altstadt für Altstadtbesucher und insbesondere Besucher des Europäischen Hansemuseums zu schaffen. Durch ein „in den Hang geschobenes“ Parkhaus könnte die Topografie des Burgfeldes genutzt, der Blick auf die Altstadt nicht verbaut und der grüne Charakter des Vorfeldes erhalten werden.

Eine Machbarkeitsstudie für den „Bau einer Tiefgarage“ liegt bereits vor. Im Ergebnis ist ein in den Hang geschobenes, von der Neuen Hafenstraße erschlossenes Parkhaus mit einer zusätzlichen Zufahrt vom Gustav-Radbruch-Platz wirtschaftlich und technisch umsetzbar.

Die einmalige Lagegunst des Gustav-Radbruch-Platzes unmittelbar vor dem Burgtor nördlich der Altstadtinsel erfordert bei der Neuordnung ein Höchstmaß an städtebaulicher und gestalterischer Qualität. Um diesem Qualitätsanspruch an einen Stadteingang zum UNESCO- Welterbe Hansestadt Lübeck gerecht zu werden, war ursprünglich die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs mit Realisierungsteil für das Parkhaus geplant, der neben der städtebaulichen Neuordnung des Burgfeldes Aussagen zur Einbindung und Architektur des Parkhauses treffen soll.

Um zügig zu Entwürfen für das geplante Parkhaus zu kommen, soll nun abweichend vom geplanten Wettbewerb die komplexe Neuordnung des Gustav-Radbruch-Platzes sowie der Verkehrsflächen unter besonderer Berücksichtigung des Verknüpfungspunktes ÖPNV und die Planung des Parkhauses entkoppelt und das Verfahren durch zwei getrennte Verfahrensschritte beschleunigt werden.

In einem ersten Schritt sollen vier Architekturbüros parallel mit der Erstellung von Entwürfen für die Gestaltung und Einbindung des Parkhauses beauftragt werden. Die Parallelbeauftragung der Büros ersetzt das zweistufige, arbeits- und zeitaufwändige, EU-weit auszuschreibende Wettbewerbsverfahren. Verfahrenskosten fallen somit nicht an, die Büros erhalten jeweils 15.000,- Euro Bearbeitungsgebühr.

Nach positiver Beschlussfassung werden die Büros Anfang Juli 2014 beauftragt. Die Entwürfe sollen Aussagen zur Einbindung des Parkhauses in das städtebaulich sensible Umfeld, zur architektonischen Gestaltung der Fassade und zur Ausgestaltung des geforderten Gründaches enthalten. Zudem ist eine Kostenschätzung abzugeben. Die Ergebnisse der vier Büros werden nach der Sommerpause dem Gestaltungs- und Welterbebeirat unter Teilnahme eines Mitgliedes der Possehlstiftung sowie des Vorsitzenden des Bauausschusses zur Entscheidung vorgelegt.

Im Anschluss dazu werden das erforderliche Bebauungsplanverfahren sowie das Entwidmungsverfahren auf den Weg gebracht, anvisierter Satzungs- bzw. Einziehungsbeschluss ist Anfang 2016.

Damit wären die Rahmenbedingungen für den Bau des Parkhauses geschaffen und es könnten 2016/2017 ausreichend Parkmöglichkeiten für Besucher des Europäischen Hansemuseums und für Touristen im Norden geschaffen werden.

In einem zweiten Schritt sollen auf der Grundlage des ausgewählten Entwurfes für das Parkhaus alternative Entwürfe für die Neuordnung des Gustav-Radbruch-Platzes und der Verkehrsanlagen im Rahmen eines Gutachterverfahrens oder einer Parallelbeauftragung eingeholt werden.

Finanzierung:

Die Possehl-Stiftung hat einen Betrag in Höhe von 250.000 Euro für das Projekt „Neuordnung des Burgfeldes und der Verkehrsanlagen und Bau einer Tiefgarage“ zur Verfügung gestellt. Mit diesem Betrag können sämtliche Planungsleistungen vergütet werden, so dass der Hansestadt Lübeck keinerlei Kosten entstehen.

Schritt 1:

1. **Parkhaus** – Fassade und landschaftliche, städtebauliche und verkehrliche Einbindung
Parallelbeauftragung (Entwurfsplanung)
4 Büros á 15.000 Euro 60.000 Euro

Hinweis: Die Possehl-Stiftung wird Rechnungen für die erbrachten Leistungen selbst begleichen

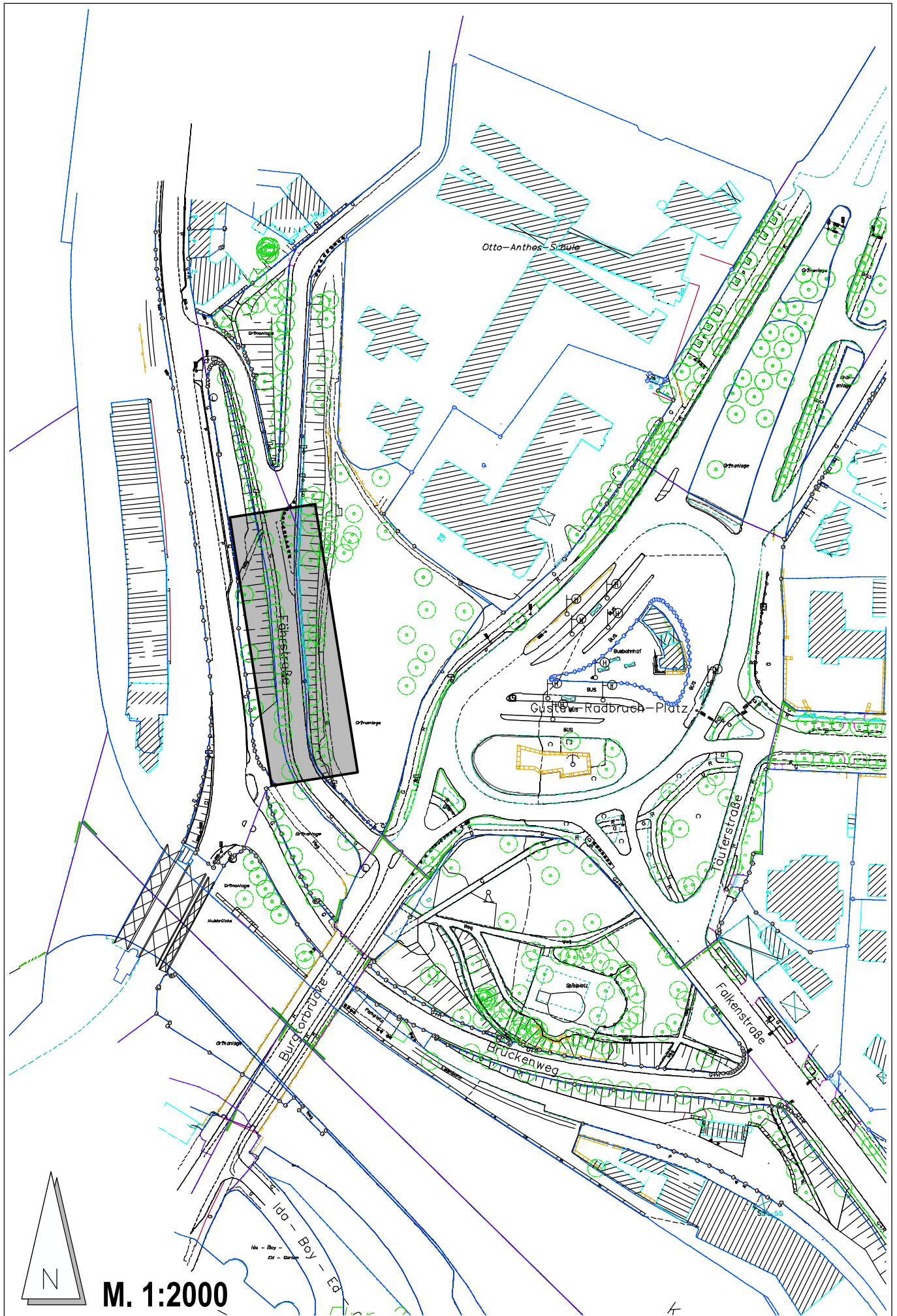
Zu einem späteren Zeitpunkt zu beschließende Planungen / Verfahren:

2. Gustav-Radbruch-Platz – Freiraum- u. Verkehrsplanung	
Parallelbeauftragung oder Gutachterverfahren	
5 Büros á 25.000 Euro	125.000 Euro
3. B-Plan / Entwidmungsverfahren	
Externes Büro	30.000 Euro
Fachgutachten	10.000 Euro
4. Reserve	25.000 Euro
Summe	250.000 Euro

Lübeck, den 19.05.2014

Fachbereich 5, Bereich Stadtplanung, 5.610.6 / Bi

Bau eines Parkhauses im Rahmen der Neuordnung des Burgfeldes





► Nr. VO/2014/01892
öffentlich

Lübeck, 26.08.2014

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.530 - Gesundheitsamt

Bearbeitung: Dennis Schultz (E-Mail: dennis.schultz@luebeck.de Telefon: 122-5311)

Annahme einer Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck über EUR 2.000,- zur Teilfinanzierung der Präventionswoche "fit for life"

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
10.09.2014	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt die Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung über EUR 2.000,- zur Teilfinanzierung der Präventionswoche „fit for life“ an.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: 2.530 - zustimmend
Ergebnis: 1.201 - zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

- Ja
 Nein
Es geht lediglich um die Annahme einer Spende; eine Beteiligung ergibt keinen Sinn.

Die Maßnahme ist:

- neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

- Nein
 Ja (Anlage 1)

Begründung:

Mit der Geldspende wird ein großer Teil der Präventionswoche finanziert. Mit dem Geld werden insbesondere Transportkosten, die Leihgebühr für eine Fremdausstellung sowie Verbrauchs- und Informationsmaterialien beglichen.

Der Bürgermeister hat das Spendenangebot entgegengenommen. Für die Annahme der Spende ist nach der Dienstanweisung der Hansestadt Lübeck zur Umsetzung von § 76 Absatz 4 GO (Abwicklung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen) der Hauptausschuss zuständig, da es sich bei dieser Spende um eine Mehrfachspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung handelt.

Für die Mehrfachspende gilt nach Abschnitt II. der Dienstanweisung zur Umsetzung von § 76 Abs. 4 GO: Leistet ein/e GeberIn in einem Haushaltsjahr mehrere Spenden, deren Gesamtwert die Wertgrenze für die Zuständigkeit als Einzelspende überschreitet, so entscheidet vom Zeitpunkt der Überschreitung der Wertgrenze das unter Zugrundelegung der Höhe des Gesamtwertes der Spenden zuständige Organ über die Annahme oder Vermittlung der Spenden.

Mit der Spende über EUR 2.000,- erreicht die Spendensumme der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck im Jahr 2014 einen Gesamtwert von 313.239,77 Euro.

Im Zuge des Mehrfachspendenverfahrens ist demnach der Hauptausschuss nach der am 21.03.2013 von ihr beschlossenen Delegationsregelung für die Annahme dieser Einzelspende über EUR 2.000,00 Euro zuständig.

Anlagen:

keine

Senator/in Sven Schindler

**► Nr. VO/2014/01810
öffentlich**

Lübeck, 23.07.2014

Vorlage**Verantwortliche Bereiche:**

4.511 - Städtische Kindertageseinrichtungen

Bearbeitung: Peggy Klaus (E-Mail: peggy.klaus@luebeck.de Telefon: 122-5117)

Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Hansestadt Lübeck**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
27.08.2014	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
02.10.2014	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
27.11.2014	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die 9. Änderung der Entgeltordnung vom 28.02.05 in der Fassung des 8. Nachtrags vom 14.10.2013 wird für das Kindergartenjahr 2015/2016 gemäß der Anlage 3 beschlossen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppe:

1.201 - Haushalt und Steuerung
 1.300 - Recht (hinsichtlich der Entgeltordnung)
 1.160 - Frauenbüro
 4.041.3-Finanzielle Förderung der Kindertageseinrichtungen
 Stadt Elternvertretung

Ergebnis:

1.201 - Haushalt und Steuerung – Anregungen eingearbeitet; grundsätzlich hält der Bereich Haushalt und Steuerung die Anhebung für zu gering
 1.300 - Recht – keine rechtlichen Bedenken
 1.160 - Frauenbüro – siehe Stellungnahme anbei Anlage 4
 4.041.3 – Finanzielle Förderung der Kindertageseinrichtungen – Zustimmend mit der Maßgabe, dass der Mehraufwand ausgeglichen wird
 Stadt Elternvertretung – Erhöhung angemessen und zumutbar

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
 Begründung:

Ja

Nein

Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung

— erforderlich und von der Verwaltung alle zwei Jahre gefordert.

Die Maßnahme ist:

- neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch:
vorgehaltene Leistungen. Die Gebühren- und Entgelttarife sind regelmäßig auf ihren Kostendeckungsgrad zu überprüfen. Es besteht die Vorgabe, die Einnahmesituation des Bereiches zu verbessern.

Finanzielle Auswirkungen:

- Nein
 Ja (Anlage 1)

Begründung:

Siehe Anlage 2

Anlagen:

Synopse siehe Anlage 3

Stellungnahme Bereich Frauenbüro siehe Anlage 4

Senator/in Annette Borns

Bereich:4.511
Produkt:365.002.000

Anlage zur Vorlage vom
VO-Nr.:

2. Verfahrensübersicht – Finanzielle Auswirkungen

KONSUMTIV

Finanzielle Auswirkungen in €	2015	2016	2017	2018
Erträge	20.200,00	48.500,00	48.500,00	48.500,00
Aufwendungen	-9.500,00	-23.100,00	-23.100,00	-23.100,00
Saldo Ergebnisplan	10.700,00	25.400,00	25.400,00	25.400,00
Einzahlungen	20.200,00	48.500,00	48.500,00	48.500,00
Auszahlungen	-9.500,00	-23.100,00	-23.100,00	-23.100,00
Saldo Finanzplan	10.700,00	25.400,00	25.400,00	25.400,00

2015	Ergebnisplan	Finanzplan		
Mittel veranschlagt	x	x	Ergebnisplan	Finanzplan
Zusätzl. zu ordnen			Gesamtlaufzeit	Gesamtlaufzeit
Haushaltsbelastend				
Haushaltsentlastend	x	x	x	x
Haushaltsneutral				

Haushaltsjahr	Produktsachkonten		Ergebnisplan Betrag in €
	Bezifferung	Bezeichnung	
2015			
(Minder) Erträge:			
(Mehr) Erträge:	365002 000.4461001	Betreuung in Kindertageseinrichtungen/ Leistungsentgelte Kiitas	20.200,00
(Minder) Aufwendungen:			
(Mehr) Aufwendungen:	361001 000.5331001	Finanzielle Förderung in Kindertageseinrichtungen/ Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	-9.500,00
		Saldo Ergebnisplan	10.700,00

	Produktsachkonten		Finanzplan Betrag in €
	Bezifferung	Bezeichnung	
(Minder) Einzahlungen:	365002 000.6461001	Betreuung in Kindertageseinrichtungen/ Leistungsentgelte Kiitas	20.200,00
(Mehr) Einzahlungen:			
(Minder) Auszahlungen:			
(Mehr) Auszahlungen:	361001 000.7331001	Finanzielle Förderung in Kindertageseinrichtungen/ Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	-9.500,00
		Saldo Finanzplan	10.700,00

Anlage 2**Begründung****Aufgrund**

- der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, die die Verwaltung auffordert, die Gebühren- und Entgelttarife regelmäßig auf ihren Kostendeckungsgrad zu überprüfen,

sind Änderungen der Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in städtischer Trägerschaft notwendig geworden.

1. Änderungen

Alle Änderungen sind aus der in Anlage 3 aufgeführten Synopse durch Hervorhebungen ersichtlich. Es handelt sich dabei um folgende Änderungen:

Ziffer 3:

In Anlage 3 unter Ziffer 3.1. sind die erhöhten Entgelte ab 01.08.2015 aufgeführt; die Erhöhung ist weiter unten begründet.

Ziffer 4:

Die monatlichen Entgelte für Getränke und Beköstigung werden ab 01.08.2015 erhöht. (Einzelheiten sind aus der Anlage 3 zu entnehmen)

Ziffer 11:

Änderung des Satzes „ Werden mehrere Geschwisterkinder gleichzeitig in Einrichtungen im Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck betreut, so reduziert sich das Entgelt nach Ziff. 3.1 a bis 3.1 l...“

Der Satzteil – im Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck – fällt weg, da er nicht der Zielsetzung des § 25(3) KiTaG entspricht, das besagt, dass alle Eltern mit mehreren Kindern unabhängig vom Betreuungsort bei der Entrichtung von Entgelten entlastet werden sollen.

Ziffer 19:

Die geänderte Entgeltordnung tritt ab 01.08.2015 in Kraft.

2. Begründung für die Anhebung der Entgelte aufgrund regelmäßiger Überprüfung der Einnahmesituation - Haushaltskonsolidierung

Entsprechend dem in § 76 Abs. 2 der Gemeindeordnung (GO) festgelegten Prinzip der Vorrangigkeit der Ausgabendeckung durch spezielle Entgelte sind gemäß AGA II, Nr. 2/9 – Anpassung der Benutzungsgebühren und Entgelte (Beschluss der Bürgerschaft vom 26.02.04 – TOP 12.1) die Fachbereiche angewiesen, die Gebühren- und Entgelttarife regelmäßig auf ihren Kostendeckungsgrad (KDG) zu überprüfen.

Als Maßstab für eine Erhöhung kann der Verbraucherpreisindex für Deutschland, der vom Statistischen Bundesamt ermittelt wird, dienen. Im Jahre 2012 betrug die Preissteigerung zu 2011 lt. Statistischem Bundesamt 2,0 %, für 2013 wurde eine Steigerung von 1,5 % festgestellt. Entscheidend für den Umfang einer Erhöhung ist weiterhin, wie sich der KDG der Elternbeiträge entwickelt (zu den Auswirkungen auf den KDG s. unten)

Die letzte Erhöhung der Entgelte erfolgte zum 01.08.2013.

Der Bereich Städtische Kindertageseinrichtungen schlägt vor, die Entgelte für die teilweise Deckung der Personal- und Sachkosten des optimierten Regiebetriebes um 1,0 % ab 01.08.2015 (Beginn des Kindergartenjahres 2015/2016) zu erhöhen.

Der Bereich Städtische Kindertageseinrichtungen hält die vorgeschlagene moderate Erhöhung ab Kindergartenjahr 2015/2016 für angemessen und vertretbar.

3. Finanzielle Auswirkungen

Durch die vorgeschlagene Erhöhung ist für die Zeit vom 01.08.2015 bis 31.12.2015 mit einem geschätzten Mehrertrag in Höhe von rd. 20.200,00 Euro und für das Jahr 2016 von ca. EUR 48.500,00 zu rechnen.

Nachfolgend wird die Entwicklung des Kostendeckungsgrades (KDG) für die Jahre 2014– 2015 dargestellt. Der KDG wird auf der Grundlage der doppischen Haushaltsberechnung (Planzahlen) ermittelt.

Bedingt durch Baumaßnahmen in den Kindertageseinrichtungen Marlistraße, Heiweg, Dietrich-Buxtehude, Glockengießerstraße und Kerckringstrasse können nicht alle durch die Bürgerschaft bewilligten Plätze belegt werden und es kommt vorübergehend zu erheblichen Einnahmeverlusten – sowohl durch verminderte Elternbeiträge als auch durch niedrigere Trägerzuweisungen wegen der zeitweilig geringeren Gruppenanzahl.

Die Personalaufwendungen konnten nur teilweise verringert werden, da aufgrund der Umsetzung aus der Bedarfsplanung zusätzliche Fachkräfte eingestellt werden mussten.

Die geringeren Erträge und die leicht gestiegenen Aufwendungen spiegeln sich in den unten dargestellten Auswirkungen auf den Kostendeckungsgrad wieder. Mit Abschluss der Sanierungsmaßnahmen in den oben genannten Einrichtungen wird auch diese rechnerische Entwicklung bei der Ermittlung des Kostendeckungsgrades wieder bereinigt sein.

Für das Haushaltsjahr 2015 ergeben sich nach der Haushaltsplanung Aufwendungen in Höhe von EUR 19.054.800,00. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2014 erhöhen sich diese um einen Betrag in Höhe von EUR 133.600,00.

Auswirkung auf den Kostendeckungsgrad (KDG) 2015

durch Elternbeiträge/Zuschüsse §90/Geschwisterermäßigung, bezogen auf den Regelbereich inklusive Servicestelle, abzüglich nicht budgetrelevanter ILA

Kostendeckungsgrad 2014- 2015 Doppische Prognose				
Ohne nichtbudgetrelevante ILA	2014*		2015*	
	Betrag in EUR	KDG in %	Betrag in EUR (nach Erhöhung um 1%)	KDG in %
Elternbeiträge	2.064.000	11	1.923.040	10
Zuschüsse §90/ Geschwisterermäßigung	2.245.600	12	2.190.000	11
Beköstigung	822.000	4	767.600	4
Gesamt	5.131.600	27	4.854.000	26

Aufwendungen	18.921.200		19.054.800	

Anmerkung zur Tabelle

- 2014 und 2015 : Zahlen nach der doppelten Haushaltsaufstellung für den Regelbereich
- *Die tatsächliche und prozentuale Erhöhung bezieht sich auf 1 Jahr.
- Die Erhöhung wird erst 2016 in vollem Umfang realisiert.

Bisherige Fassung

geplante Fassung

Entgeltordnung für Kindertagesstätten in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck vom 28.02.05 i. d. F. des 8. Nachtages vom 14.10.2013	Entgeltordnung für Kindertagesstätten in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck vom 28.02.05 i. d. F. des 9 .Nachtrages vom
Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck hat in Ihrer Sitzung am 26.09.2013 für den Besuch der Kindertageseinrichtungen der Hansestadt Lübeck folgende Änderung der Entgeltordnung für Kindertagesstätten in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck beschlossen:	Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck hat in Ihrer Sitzung am für den Besuch der Kindertageseinrichtungen der Hansestadt Lübeck folgende Änderung der Entgeltordnung für Kindertagesstätten in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck beschlossen:
3. Entgelt für die teilweise Deckung der Personal- und Sachkosten der pädagogischen Betreuung	1) Ziff. 3 der Entgeltordnung wird wie folgt geändert: 3. Entgelt für die teilweise Deckung der Personal- und Sachkosten der pädagogischen Betreuung
3.1 Das Entgelt beträgt für die Dauer des Kindergartenjahres:	3.1 Das Entgelt beträgt für die Dauer des Kindergartenjahres:
a) für Kinder unter 3 Jahren, halbtags (5 Stunden) monatlich 228 EUR	a) für Kinder unter 3 Jahren, halbtags (5 Stunden) monatlich 230 EUR
b) für Kinder unter 3 Jahren, ¾-tag (6 Stunden) monatlich 253 EUR	b) für Kinder unter 3 Jahren, ¾-tag (6 Stunden) monatlich 255 EUR
c) für Kinder unter 3 Jahren, ganztags (durchschnittlich 8 Stunden, 6 Minuten) monatlich 275 EUR	c) für Kinder unter 3 Jahren, ganztags (durchschnittlich 8 Stunden, 6 Minuten) monatlich 277 EUR
d) für Kinder unter 3 Jahren, ganztags (10 Stunden) monatlich_ 316 EUR	d) für Kinder unter 3 Jahren, ganztags (10 Stunden) monatlich 319 EUR
e) für Kinder ab 3 Jahren bis zur Einschulung , halbtags (5 Stunden) monatlich 163 EUR	e) für Kinder ab 3 Jahren bis zur Einschulung , halbtags (5 Stunden) monatlich 165 EUR
f) für Kinder ab 3 Jahren bis zur Einschulung, ¾ tag (6 Stunden) monatlich 181 EUR	f) für Kinder ab 3 Jahren bis zur Einschulung, ¾ tag (6 Stunden) monatlich 183 EUR
g) für Kinder ab 3 Jahren bis zur Einschulung, ganztags (durchschnittlich 8 Stunden, 6 Minuten) monatlich 205 EUR	g) für Kinder ab 3 Jahren bis zur Einschulung, ganztags (durchschnittlich 8 Stunden, 6 Minuten) monatlich 207 EUR
h) für Kinder ab 3 Jahren bis zur Einschulung, ganztags (10 Stunden) monatlich 244 EUR	h) für Kinder ab 3 Jahren bis zur Einschulung, ganztags (10 Stunden) monatlich 246 EUR

Bisherige Fassung	Neue Fassung
i) für Kinder von der Einschulung bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (täglich, ab 12.00 Uhr bis 16.00 Uhr) inklusive ganztägiger Ferienbetreuung außerhalb der Schließungszeiten der Kindertagesstätte monatlich 136 EUR	i) für Kinder von der Einschulung bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (täglich, ab 12.00 Uhr bis 16.00 Uhr) inklusive ganztägiger Ferienbetreuung außerhalb der Schließungszeiten der Kindertagesstätte monatlich <u>137 EUR</u>
j) erweiterte Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren, halbtags ½ Stunde/monatlich 17,70 EUR	j) erweiterte Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren, halbtags ½ Stunde/monatlich <u>18,00 EUR</u>
k) erweiterte Betreuungsangebote für Kinder ab 3 Jahren bis zur Einschulung, halbtags und für Kinder von der Einschulung bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres pro ½ Stunde/monatlich 12,60 EUR	k) erweiterte Betreuungsangebote für Kinder ab 3 Jahren bis zur Einschulung, halbtags und für Kinder von der Einschulung bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres pro ½ Stunde/monatlich <u>13,00 EUR</u>
l) zusätzliche Betreuungsangebote pro Betreuungsstunde 2,40 EUR	l) zusätzliche Betreuungsangebote pro Betreuungsstunde <u>3,00 EUR</u>
3.2 Wird die vereinbarte Betreuungsleistung nicht in Anspruch genommen, ist das Entgelt für die pädagogische Betreuung (teilweise Deckung der Personal- und Sachkosten) dennoch zu entrichten.	unverändert
3.3 Kommt die Hansestadt Lübeck über die Regelung in Ziff. 8 hinaus, aus von ihr zu vertretenden Gründen, ihrem Betreuungsauftrag gem. Ziff.3.1 a bis 3.1 l nicht nach, wird das Entgelt für den Zeitraum der Nichtleistung erstattet (Beträge unter 2 EURO werden nicht erstattet).	unverändert
4. Monatliches Entgelt für Getränk und Beköstigung	2) Ziff. 4 der Entgeltordnung wird wie folgt geändert: 4. Monatliches Entgelt für Getränk und Beköstigung
4.1 Das monatliche Entgelt wird in allen Einrichtung wie folgt erhoben	4.1 Das monatliche Entgelt wird in allen Einrichtung wie folgt erhoben

Bisherige Fassung	Neue Fassung
a) Für das Getränk 8,90 EUR das Entgelt für das Getränk ist bei allen Betreuungsangeboten in jedem Fall zu entrichten.	a) Für das Getränk <u>9,00 EUR</u> das Entgelt für das Getränk ist bei allen Betreuungsangeboten in jedem Fall zu entrichten.
b) Für das Mittagessen einschließlich Getränk 49,90 EUR In Ganztageseinrichtungen ist bei einer Betreuung über 12.30 Uhr hinaus ein Mittagessen in Anspruch zu nehmen, Einzelabsprachen innerhalb der Einrichtungen sind möglich.	b) Für das Mittagessen einschließlich Getränk <u>50,00 EUR</u> In Ganztageseinrichtungen ist bei einer Betreuung über 12.30 Uhr hinaus ein Mittagessen in Anspruch zu nehmen, Einzelabsprachen innerhalb der Einrichtungen sind möglich.
c) Eine tageweise Inanspruchnahme des Mittagessens ist möglich das Entgelt für das Mittagessen beträgt täglich 3,40 EUR	c) Eine tageweise Inanspruchnahme des Mittagessens ist möglich das Entgelt für das Mittagessen beträgt täglich <u>4,00 EUR</u>
4.2 Ist ein Kind durchgehend länger als an 20 Betriebstagen entschuldigt abwesend, wird für die gesamte Zeit der Abwesenheit das Entgelt nach Ziff. 4 a – 4 c nicht erhoben, ansonsten sind Erstattungen von Beköstigungsentgelten bei Fehltagen ausgeschlossen.	unverändert
4.3 Im Monat Juli wird zur Abgeltung aller Schließungszeiten das Entgelt für die Beköstigung nicht erhoben. Im Falle der Inanspruchnahme einer Betreuung nach Ziff. 8 ist auch im Juli das Entgelt für die Beköstigung zu entrichten.	unverändert
11. Geschwisterermäßigung	3) Ziff. 11 der Entgeltordnung wird wie folgt geändert: 11.Geschwisterermäßigung

Bisherige Fassung	Neue Fassung
<p>Werden mehrere Geschwisterkinder gleichzeitig in Einrichtungen im Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck betreut, so reduziert sich das Entgelt nach Ziff. 3.1 a bis 3.1 l</p> <p>a. vom jüngsten Kind an gerechnet (volles Entgelt) b. für das nächstältere Kind um 30 % c. für das dann nächstältere Kind um 60 % d. für jedes weitere ältere Kind um 100 %.</p> <p>Bei der Geschwisterermäßigung werden auch die Kinder berücksichtigt, die in öffentlich geförderten Tagespflegestellen betreut werden.</p>	<p><u>Werden mehrere Geschwisterkinder gleichzeitig in Einrichtungen betreut, so reduziert sich das Entgelt nach Ziff. 3.1 a bis 3.1 l</u></p> <p>a. vom jüngsten Kind an gerechnet (volles Entgelt) b. für das nächstältere Kind um 30 % c. für das dann nächstältere Kind um 60 % d. für jedes weitere ältere Kind um 100 %.</p> <p>Bei der Geschwisterermäßigung werden auch die Kinder berücksichtigt, die in öffentlich geförderten Tagespflegestellen betreut werden.</p>
19. Inkrafttreten/Außerkräftreten	<p>4) Ziff. 19 der Entgeltordnung wird wie folgt geändert:</p> <p style="text-align: center;">19. Inkrafttreten/Außerkräftreten</p>
Diese Änderung tritt rückwirkend zum 01.August.2013 in Kraft.	<u>Diese Änderung tritt mit Wirkung vom 01.August.2015 in Kraft.</u>

1 - Bürgermeister
1.160 - Frauenbüro

Lübeck, den 18.07.2014
Auskunft: Petra Schmittner
Tel.: 1601; Fax: 1620
e-mail: frauenbuero@luebeck.de

Zeichen: ps

Betr.: Änderung der Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen der Hansestadt Lübeck

hier: Stellungnahme des Frauenbüros

Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sollen die Gebühren für Kinderbetreuung in Lübeck zum 1.8.2015 weiter angehoben werden. Eltern werden in Zukunft zwischen 165 und 319 Euro pro Monat für Kita-Kinder und 137 Euro für die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern zahlen.

Bezahlbare Kinderbetreuung ist Voraussetzung für Mütter-Erwerbstätigkeit

Besonders bei Müttern hat neben der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen auch die Qualität und die Kosten der Betreuung einen großen Einfluss darauf, ob und in welchem Umfang sie arbeiten gehen (können)¹. Studien fanden mehrheitlich positive Effekte einer kostengünstigen Bereitstellung von Betreuungsplätzen – etwa durch Einführung eines kostenlosen Kindergartenjahres - auf die Arbeitsmarktbeteiligung von Müttern, v.a. bei Alleinerziehenden². Laut BMFSFJ empfanden 2009 35% aller jungen Familien die Kosten der Betreuung als zu hoch. Bei denen, die keine Kinderbetreuung nutzten, waren es sogar 38%³. Auch in der im Lübecker Bildungsbericht 2014 genannte NUBBEK-Studie⁴ gaben ein Viertel der Mütter, die ihre Kinder familiär betreuten, an, die Kosten der Betreuung seien zu hoch. Zahlen für Lübeck liegen dazu nicht vor.

Anteil des einzusetzenden Einkommens der Eltern in Lübeck: 80%

Der Anteil des von den Eltern einzusetzenden Einkommens liegt in Lübeck derzeit bei 80%⁵ - und damit über den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter der Länder und der Landesjugendämter⁶, die als zumutbaren Einsatz max. 50% sehen. Ob und in welchem Umfang die Erwerbstätigkeit von Müttern durch diese 80% niedriger ist als anderswo, wäre zu prüfen. Es fehlt jedoch leider ein regelmäßiger, transparenter und überregionaler Vergleich der Kinderbetreuungskosten mit Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern.

Hohe Kinderbetreuungs-Kosten können negative Effekte auf Steuereinnahmen haben

Wenn es sich aufgrund der Kosten der Kinderbetreuung⁷ nicht „lohnt“ arbeiten zu gehen, so hat dies ein geringeres Potenzial an Fachkräften und geringere Einnahmen bei Steuern und

¹ IFO Schnelldienst 2013, Rainer, H. u.a., Öffentlich geförderte Kinderbetreuung in Deutschland, Evaluierung der Auswirkungen auf die Arbeitsmarktbeteiligung von Müttern, S. 31.

² Ebda., S. 32.

³ RWI, Evaluation des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit – Studie zu den Auswirkungen des BEEG auf die Erwerbstätigkeit und die Vereinbarkeitsplanung (im Auftrag des BMFSFJ), S. 30.

⁴ Hansestadt Lübeck, 2. Bildungsbericht der Hansestadt Lübeck 2014 "Vielfalt und Inklusion", S. 51.

⁵ D.h. von der Differenz zwischen dem bereinigten Nettoeinkommen des Haushaltes (Nettoverdienst, Kindergeld, Alg I, Unterhalt u.a. minus Mehraufwendungen wie Versicherungen oder Fahrtkosten) wird zunächst die Einkommensgrenze (Miete etc.) abgezogen. Anschließend müssen Eltern bzw. Elternteile 80% von der Differenz dieser Summe für einen Kita-Platz an Eigenmitteln einsetzen.

⁶ Empfehlungen für die Heranziehung zu den Kosten nach § 90 ff SGB VIII der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter der Länder und der Landesjugendämter (Stand 1.1.2009).

www.agjae.de/pics/medien/1_1240573030/Gemeinsame_Empfehlungen_Stand_01.01.2009-endgueltig.pdf

⁷ Möglichkeiten der Befreiung und Ermäßigung der Elternbeiträge gibt es. Seit 8/2013 können Familien, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld beziehen, in Schleswig-Holstein auf Antrag ganz von der Eigenbeteiligung der Elternbeiträge befreit werden. Auch andere einkommensschwache Familien können Ermäßigungs-Anträge (§ 90 SGB VIII) stellen.

Sozialversicherungen zur Folge. Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung (IFO)⁸ von 2013 zeigt, dass der Staat durch die erhöhte Erwerbstätigkeit von Müttern die Kosten der Kinderbetreuung zu einem beträchtlichen Teil (50-100%) decken kann. Durch ein besseres Angebot an Kinderbetreuungsplätzen steigt demnach sowohl die Geburtenrate als auch die Erwerbstätigkeit der Eltern.

LübeckerInnen können nur für jedes zweite Schul- bzw. dritte Kita-Kind selbst zahlen

Von der Befreiung bzw. Reduzierung der Gebühren müssen in Lübeck bereits heute viele arme bzw. einkommensschwache Familien Gebrauch machen. Zu vermuten ist, dass hierunter überwiegend Alleinerziehende sind⁹. Die Eltern jedes zweiten Schulkindes (45%) bzw. jedes dritten Kindes (31 bzw. 38%) im Alter zwischen der Geburt bis zum Schuleintritt konnten im Kitajahr 2012/13 ihre Beiträge nicht oder nicht vollständig bezahlen, wie der aktuelle Lübecker Armuts- und Sozialbericht belegt¹⁰. Schulkinder werden dabei häufiger von Gebühren befreit als Kita-Kinder, in einigen Stadtteilen (z.B. Buntekuh, Moising, Kücknitz, St. Lorenz Süd, St. Lorenz Nord) wurden besonders viele Eltern von den Beiträgen befreit.

Kostenfreie Betreuung

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und des zunehmenden Wettbewerbs der Städte um junge Familien, haben sich in den vergangenen Jahren immer mehr Städte und Bundesländer dafür entschieden, ein z.T. kostenloses Betreuungsangebot einzuführen, z.B. Heilbronn, Düsseldorf, Hanau, Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz, Salzgitter, die Bundesländer Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen und Niedersachsen und die Stadtstaaten Berlin und Hamburg (in Hamburg zum 1.8.2014).

Wir empfehlen, Familienfreundlichkeit – auch im Hinblick auf die Kosten – als Standortvorteil für Lübeck zu erkennen und diese Entwicklungen in die Überlegungen zur Erhöhung der Gebühren mit einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen,

Im Auftrag

Petra Schmittner

⁸ www.cesifo-group.de/DocDL/ifo_Forschungsbericht_59.pdf.

⁹ Mehr als 40% aller Alleinerziehenden-Haushalte in Lübeck erhalten staatliche Fürsorgeleistungen nach dem SGB II; von allen Bedarfsgemeinschaften mit Kindern stellten Alleinerziehende 61%, 95% davon waren Frauen, Hansestadt Lübeck (Hrsg.): Armuts- und Sozialbericht 2012, Lübeck 2014, S. 8 und 47.

¹⁰ Ebda., S. 67-68.



► Nr. VO/2014/01839
öffentlich

Lübeck, 06.08.2014

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
4.525 - Lübecker Schwimmbäder

Bearbeitung: Sieglinde Schüssler (E-Mail: schuessler@luebecker-schwimmbaeder.de
Telefon: 31772201)

Jahresabschluss Lübecker Schwimmbäder 2013

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
27.08.2014	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
11.09.2014	Schul- und Sportausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
27.11.2014	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

- Der Jahresabschluss des Betriebes Lübecker Schwimmbäder für das Wirtschaftsjahr 2013 wird wie folgt festgestellt: Bilanzsumme von € 9.280 T sowie mit einer Summe der Erträge in Höhe von € 1.404 T (vor Verlustausgleich der HL) mit einer Summe der Aufwendungen von € -5.219 T mit einem Verlust von € 3.815 T
- Der Verlust wird wie folgt behandelt: € 3.971 hat die Hansestadt Lübeck geleistet € 156 T werden für unvorhergesehene dringende Reparaturarbeiten zur Verhinderung der anderenfalls entstehenden Budgetüberschreitung 2014 den Lübecker Schwimmbädern belassen.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	1.201 Haushalt und Steuerung
Ergebnis:	Stellungnahme als Anlage beigefügt
	1.203 Beteiligungscontrolling
	Zustimmend
	1.300 Recht/Passivbesteuerung
	Keine Bedenken aus steuerrechtlicher Sicht

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
Begründung:

- Ja
 Nein

Die Maßnahme ist:

- neu
 freiwillig
 vorgeschrieben durch: § 24 Abs. 2 Eigenbetriebsverordnung (EigVO)

Finanzielle Auswirkungen:

- Nein
 Ja (Anlage 1)

Begründung:

Anlagen:

Senator/in Annette Borns

Fachbereich 4 – Kultur
4.525 Lübecker Schwimmbäder

Lübeck, den 03. 07. 2014
Sachbearbeiterin: Sieglinde Schüssler
Tel.: 31 77 22 01
Fax: 31 77 22 06

Drucksache-Nr. _____

Zu Punkt _____ der Tagesordnung

Vorlage

Gegenstand: -Lübecker Schwimmbäder
- Jahresabschluss des Eigenbetriebes Lübecker Schwimmbäder für das
Wirtschaftsjahr 2013

Beschlussvorschlag: 1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Lübecker Schwimmbäder für das Wirtschaftsjahr 2013 wird wie folgt festgestellt:
Bilanzsumme von € 9.280 T sowie
mit einer Summe der Erträge (vor Verlustausgleich durch die HL) € 1.404 T
mit einer Summe der Aufwendungen von € -5.219 T
mit einem Verlust von € -3.815 T

2. Der Verlust wird wie folgt behandelt:

€ 3.971 T hat die Hansestadt Lübeck geleistet,
€ 156 T werden für unvorhergesehene dringende Reparaturarbeiten zur Verhinderung der anderenfalls entstehenden Budgetüberschreitung 2014 den Lübecker Schwimmbädern belassen.

Begründung: siehe Rückseite

Verfahren:

1. Welche Bereiche sind beteiligt: 1.201 Bereich Haushalt und Steuerung
1.203 Beteiligungscontrolling
1.300 Bereich Recht/Passivbesteuerung
2. Mit welchem Ergebnis: 1.201: Stellungnahme beigefügt
1.203: zustimmend
1.300: aus steuerrechtlicher Sicht keine Bedenken
3. Finanzielle Auswirkungen: keine
4. Die Maßnahme ist: vorgeschrieben gem. § 24 Abs. 2 Eigenbetriebsverordnung (EigVO)
2. Die Entscheidung trifft : Bürgerschaft
3. Beraten im : Schul- und Sportausschuss am
Ergebnis:
Hauptausschuss am :
Ergebnis:



Annette Borns
Senatorin

Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2013

Der Jahresabschluss 2013 der Lübecker Schwimmbäder wurde im Auftrage des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein von der HBRT Hamburg-Bremer Revisions- und Treuhand-GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Flachland 29 - 31, Hamburg geprüft. Es wurde folgender uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss –bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Lübecker Schwimmbäder für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Durch § 13 Abs. 1 Nr. 3 KPG SH wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes liegen in der Verantwortung der Werkleitung des Betriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 Abs.1 Nr. 3 KPG SH unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes Anlass zu Beanstandungen geben.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Betriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Werkleitung des Betriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen

und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.“

Hamburg, 8. Mai 2014

HBRT Hamburg-Bremer
Revisions- und Treuhand-GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Unterschrift: Landahl, Wirtschaftsprüfer“

Die Lübecker Schwimmbäder werden seit Verschmelzung der beiden städtischen Betriebe „Lübecker Schwimmbäder GmbH“ und „Bäderbetrieb Lübeck“ mit Wirkung vom 01. 01. 2006 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Hansestadt Lübeck geführt. Zum Betrieb Lübeck gehören drei Hallenbäder, zwei beheizte Freibäder, eine Sauna, vier Naturbäder und das Therapiezentrum Lübeck, Am Behnckenhof. Die Einrichtungen werden mit Ausnahme der Naturbäder selbst betrieben.

Weitere Geschäftsinhalte der Lübecker Schwimmbäder stellen die Instandhaltung der Grundstücke, Gebäude und technischen Anlagen sowie die gewerbliche Vermietung von Flächen im Rahmen des Betriebsvermögens dar.

Das Stammkapital der Lübecker Schwimmbäder beträgt € 1.500.000,00.

Die Bilanz 2013 weist positives Eigenkapital in Höhe von € 1.777 T auf und erreicht damit 19,1 % (Vorjahr 22,5 %). Die Eigenkapitalquote ist bedingt durch die gestiegene Bilanzsumme gesunken.

Steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse

Die Lübecker Schwimmbäder sind ein Betrieb gewerblicher Art, er wird unter der Steuernummer 22/291/04094 beim Finanzamt Lübeck geführt und ist als gemeinnützig anerkannt. Als Zweck ist die Förderung des Sports und des öffentlichen Gesundheitswesens benannt.

Die Buchhaltung wird durch die Lübecker Firma BTR Sumus über das Buchhaltungsprogramm Simba per Geschäftsbesorgungsvertrag erledigt.

Der Jahresabschluss besteht aus Bilanz, Entwicklung des Anlagevermögens, Gewinn- und Verlustrechnung sowie einem Lagebericht.

Diese Beschlussvorlage enthält Aufschlüsselungen zu Gesamt- und Teilsummen der Gewinn- und Verlustrechnung, um ein höchstmögliches Maß der Nachvollziehbarkeit der laufenden Geschäftstätigkeit herzustellen. Bei dem Umsatzvolumen des Betriebes wird sich jedoch nicht zu jeder Einzelfrage eine Antwort aus den nachfolgenden Seiten ergeben. Daher steht die Vorlagenverfasserin jederzeit unter der im Deckblatt angegebenen Telefonnummer gerne zur Beantwortung einzelner Fragen zur Verfügung.

Lübecker Schwimmbäder

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva

	31. 12. 2012	31. 12. 2013
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.470,00	4.163,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke	2.687.207,04	2.687.207,04
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	4.091.684,00	5.194.463,00
3. Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00
4. Technische Anlagen und Maschinen	467.687,00	387.331,00
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	246.134,00	217.344,00
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00
	7.499.182,04	8.490.508,04
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.971,86	1.741,90
2. Waren	7.936,78	6.319,85
	9.908,64	8.061,75
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	89.941,86	101.542,56
2. Sonstige Vermögensgegenstände	61.241,25	97.315,57
	151.183,11	198.858,13
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	178.549,16	531.852,25
C. Rechnungsabgrenzungsposten	50.369,96	50.549,44
	7.889.192,91	9.279.829,61

Lübecker Schwimmbäder

Bilanz zum 31. 12. 2013

Passiva

	31. 12. 2012	31. 12. 2013
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	1.500.000,00	1.500.000,00
II. Rücklagen		
1. Allgemeine Rücklagen	399.397,31	277.449,96
III. Verlust		
1. Verlust der Vorjahre	0,00	-121.947,35
2. Ausgleich durch Rücklagenverwendung		121.947,35
3. Jahresverlust	- 4.301.947,35	- 3.814.824,80
4. Ausgleich durch die Hansestadt Lübeck	4.180.000,00	3.814.824,80
	-121.947,35	0,00
	1.777.449,96	1.777.449,96
B. Rückstellungen		
1. Pensionsrückstellungen	250.582,00	317.391,00
2. Steuerrückstellungen	65.000,00	0,00
3. Sonstige Rückstellungen	370.187,00	238.210,27
	685.796,00	555.601,27
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 210.198,40; Vorjahr € 200.482,14)	3.205.102,95	4.404.620,72
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 117.902,43); Vorjahr € 104.768,66)	104.768,66	117.902,43
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und ihrer verbundenen Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 2.089.890,62)	2.089.890,62	2.316.572,97
4. Sonstige Verbindlichkeiten (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 107.682,26; Vorjahr € 26.174,78), (davon aus Steuern € 77.951,93, Vorjahr: € 20.476,82)	26.174,78	107.682,26
	5.425.937,01	6.946.778,38
D. Rechnungsabgrenzungsposten	36,94	0,00
	7.889.192,91	9.279.829,61

Lübecker Schwimmbäder

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

1. Allgemeines

Die Lübecker Schwimmbäder sind ein eigenbetriebsähnliches Sondervermögen der Hansestadt Lübeck. Sie betreiben die Lübecker Hallenbäder Sportbad St. Lorenz, Zentralbad Lübeck und Schwimmbad Kücknitz, die beheizten Freibäder Moisling und Schlutup sowie die Sauna St. Lorenz und das Therapiezentrum Lübeck, Am Behnckenhof.

Zum Anlagevermögen gehören außerdem die Naturbäder Falkenwiese, Marli, Eichholz Kleiner See und Krähenteich sowie das Grundstück des ehem. Aqua Top Travemünde.

Die Naturbäder werden durch Vereine betrieben, unterstützt durch die unentgeltliche Gestellung von 6 Beschäftigten der Lübecker Schwimmbäder für 6 Monate im Jahr.

Der Betrieb Lübecker Schwimmbäder ist als gemeinnützig tätige Einrichtung der Hansestadt Lübeck mit dem Zweck der Förderung des Sports und des öffentlichen Gesundheitswesens anerkannt.

2. Aufgaben, Chancen, Risiken

Die wesentlichen Funktionen öffentlicher Schwimmbäder sind

- Menschen die Kulturfähigkeit „Schwimmen“ zu vermitteln,
- die Ausübung der gesunden Sportart „Schwimmen“ einer breiten Bevölkerung regelmäßig zu ermöglichen,
- im Hinblick auf die demografische Bevölkerungsentwicklung besonders älteren Menschen gezielt durch spezielle Kurse die Bewegungsfähigkeit lange zu erhalten und damit eine ggf. erforderlich werdende Pflegebedürftigkeit weit möglichst hinaus zu schieben,
- sinnvolle Freizeitbeschäftigung, vor allem Kindern und Jugendlichen in den Ferien, zu bezahlbaren Bedingungen anzubieten,
- einen Beitrag zur sozialen und kulturellen Integration von Einwohnern mit Migrationshintergrund und/oder wirtschaftlich benachteiligten Menschen zu leisten.

Der Betrieb Lübecker Schwimmbäder hat das Ziel, diese Funktionen bestmöglich für Lübeck zu erfüllen.

Der wirtschaftliche Erfolg der Lübecker Schwimmbäder hängt allgemein wesentlich von der Attraktivität und der Akzeptanz der Bäder durch die Besucher sowie im Bereich der Freibäder von der allgemeinen Wetterlage in der jeweiligen Saison ab. Daneben hat die Höhe der Kosten zum laufenden Betrieb der Bäder wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage des Eigenbetriebs.

3. Wesentliche Vorgänge des Geschäftsjahres

- Die Arbeiten zur Sanierung des Freibades Moisling sind bis auf einige Restarbeiten, die den Betrieb des Bades nicht beeinträchtigen, erfolgreich abgeschlossen. Die Wiedereröffnung des Freibades wurde am 06. Juli 2013 gefeiert.
- Die Besucherzahlen der allgemeinen Öffentlichkeit sind gestiegen, die Schüler- und Vereinszahlen sind hingegen in den Hallen um gut 15 T Personen zurückgegangen. Das geplante Ziel für die Umsatzerlöse wurde zwar um 2,2 % (€ 32 T) verfehlt, insgesamt sind die betrieblichen Erträge um € 6 T höher ausgefallen, als geplant.
- Die Verbrauchsstoffe incl. Energie- und Wasserkosten konnten um € 19 T (2012: € 965.050,32; 2013: € 946.383,11) gesenkt werden, obwohl die Stromkosten um € 13 T gestiegen sind.
- Die Personalkosten sind im Vergleich zum Vorjahr um € 191 T gesunken. Leider kann die Summe nicht als strukturelle Einsparung gelten, da sie hauptsächlich durch zwischenzeitlich wieder genesene Langzeiterkrankte verursacht wurde.

4. Wirtschaftlicher Verlauf des Geschäftsjahres

Grundlage für die Jahresrechnung ist der von der Bürgerschaft beschlossene und von der Kommunalaufsicht –Innenministerium Schleswig-Holstein– genehmigte Wirtschaftsplan der Lübecker Schwimmbäder für 2013.

Die um € 209 T entsprechend der beschlossenen Einsparvorgabe reduzierte Verlustübernahme der Hansestadt Lübeck in Höhe von € 3.971 T konnte durch den Betrieb eingehalten werden. Darüber hinaus wurden weitere € 156 T Ausgaben vermieden.

Die laufenden Betriebskosten (ohne Abschreibungen, Steuern und Zinsergebnis) beliefen sich auf € 4.565 T, im Wirtschaftsplan waren € 4.730 T veranschlagt.

Von den Gesamtpersonalkosten in Höhe von € 2.852 T entfallen € 2.137 T auf Gehälter und Besoldung sowie € 715 T auf soziale Abgaben und Aufwendungen zur Altersversorgung der Arbeitnehmer. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Personalkosten um € 191 T gesunken. Ein Teil des Minderbetrages ist allerdings erneut aufgrund mehrerer Langzeiterkrankungen entstanden.

Das Gesamtergebnis der Besucherzahlen des Betriebes hat sich insgesamt um rd. 6.000 Personen im Vergleich zu 2012 verringert. Die Besucherzahlen betragen in

2010:	435.133
2011:	436.847
2012:	442.968
2013:	437.106

Der demografische Wandel in unserer Gesellschaft spiegelt sich auch im Rückgang der Besucherzahlen in den Bereichen Schule und Vereine wider. Dort sind die Besucherzahlen um -15.000 zurückgegangen. Der Bereich Öffentlichkeit entwickelt sich weiter positiv. ca. 12.000 neue Besucher konnten hinzugewonnen werden. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, planen die Lübecker Schwimmbäder eine Anpassung der Öffnungs- und Nutzungszeiten.

Im Einzelnen stellen sich die Daten für 2013 folgendermaßen dar:

Das Zentralbad verzeichnet einen Rückgang im Vergleich zu 2012 um 8.586 Besucher, das Sportbad St. Lorenz um 5.811 Personen und das Schwimmbad Kücknitz um 1.968 Besucher. Auch das Therapiezentrum hat 613 Besucher weniger zu verzeichnen, hier liegen die Gründe im reduzierten Angebot ausgelöst durch die Langzeiterkrankung einer Beschäftigten.

In den Freibädern sind zusammen 11.516 Besucher mehr zu verzeichnen als 2012 (48.481), obwohl dem Freibad Moisling 7 Wochen Betriebszeit durch die Sanierung fehlen.

Die Umsatzerlöse des Betriebes liegen mit rd. €1.333 T um € 32 T zwar unter dem Planansatz von € 1.365 T, insgesamt konnte jedoch eine Summe von € 1.404 T (Plan: € 1.390 T) betriebliche Erträge (hauptsächlich Mieterlöse, auch durch Vermietung Bistro Zentralbad, das ursprünglich mit eigenen Mitarbeitern betrieben wurde) erzielt werden.

Der Abriss des ehem. Aqua Top war vollständig auf einen Geschäftsbesorger ausgelagert. Die Abbruch- und Finanzierungskosten (€ 1.889 T zum Jahresende 2013) werden über ein bis zum Zeitpunkt des Kaufpreisflusses (längstens jedoch bis zum 30. 6. 2016) aufgenommenes Darlehen des Geschäftsbesorgers finanziert.

Das Eigenkapital des Betriebes entwickelte sich wie folgt:

	1. 1. 2013 T €	Entnahme Rücklage T €	31. 12. 2013 T €
Stammkapital	1.500	-	1.500
Rücklagen	399		277
Verlustvortrag		- 122	
Eigenkapital gesamt	+ 1.899	- 122	+1.777

Der Jahresabschluss 2012 wies einen Jahresfehlbetrag in Höhe von € 4.302 T aus. Der den geplanten Verlust übersteigende Fehlbetrag von € 122 T wurde in 2013 entsprechend des Beschlusses der Bürgerschaft der Rücklage entnommen.

5. Ausblick

Für das Jahr 2014 war vorgegeben, den vom Träger auszugleichenden Verlust um weitere € 209 T (über die gleiche Reduzierung für 2013 hinaus) auf € 3.762 T zu senken.

Die steigenden Energie-, Personal- und Betriebskosten sind durch die bisherigen Einsparungen erfolgreich aufgefangen worden. Zusätzliche Einsparungen, die den von der Hansestadt Lübeck auszugleichenden Verlust betreffen, lassen vor dem Hintergrund, dass die Lübecker Schwimmbäder neben dem Abbau der Verluste aus den Vorjahren alle Sanierungen (Zentralbad Lübeck, Schwimmbad Kücknitz, Freibäder Schlutup und Moising) aus eigener finanzieller Kraft erwirtschaften, aus Sicht einer seriösen Wirtschaftsplanung eine weitere Reduzierung noch nicht zu. Daher wurde für 2014 der auszugleichende Verlust auf € 3.940 T begrenzt.

Die Sauna im Sportbad St. Lorenz wurde 2013 optisch renoviert (Decken, Wände, Licht), um die Aufenthaltsqualität für die Gäste zu verbessern und Werbeaktionen eine Chance einzuräumen. Leider sind Ende Mai 2014 dort Wasserleitungen in den Decken gebrochen, so dass derzeit die Arbeiten zur Erneuerung der Wasserversorgung laufen und anschließend erneut renoviert werden muss.

Auch bereits erkannt ist, dass die alte Notstrombeleuchtung des Sportbades nunmehr ausgetauscht werden muss, da alle vorsorglich angeschafften Vorräte an Ersatzteilen und vor allem Vorschaltgeräte verbraucht sind. Auf dem Markt sind diese Teile nicht mehr erhältlich.

Des Weiteren sind anlässlich der Untersuchungen zur Planung der jährlichen Schließungsarbeiten im Sportbad St. Lorenz erhebliche Schäden an der Brücke im Schwimmbecken (teilt die 50 m – Bahnen um die Hälfte, so dass beide Beckenteile gesondert genutzt werden können, z. B. Schulschwimmen und Öffentlichkeit) festgestellt worden. Das Ausmaß der Schäden kann erst beurteilt werden, wenn die ca. 5 Tonnen schwere Brücke im leeren Becken während der Schließungszeit des Bades aufgebockt ist.

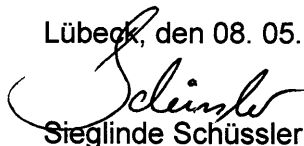
Der Unterhaltungsaufwand für das Sportbad St. Lorenz stellt –nachdem alle übrigen Bäder des Betriebes saniert sind- zunehmend ein hohes Risiko hinsichtlich der Einhaltung des Budgets dar. Nach 40 Jahren Betrieb stellen sich vermehrt Reparaturen durch Materialermüdung und -abnutzung ein. Im Hinblick auf die Dimensionen des Bades, die größer sind, als die beiden anderen Schwimmhallen zusammen, können jederzeit Kosten entstehen, die im Vorwege nicht kalkulierbar sind. Von den über 180 T Besuchern dieses Bades sind über die Hälfte Schüler und Vereinsmitglieder, so dass bei unvorhergesehener Schließung das Schul- und Vereinsschwimmen zum Erliegen kommt.

Insofern wird der 2013 nicht verausgabte Betrag zur Abwendung einer absehbaren Budgetüberschreitung in 2014 benötigt, um den Betrieb des Sportbades nicht zu gefährden.

Somit ist auch eine umfassende Sanierungsplanung für das Sportbad nunmehr angezeigt, um nach einer Bestandsaufnahme zunächst die finanzielle Größenordnung zur Ertüchtigung des Bades zu kennen. Hinsichtlich der demografischen Entwicklung ist auch die Ausrichtung des Bades konzeptionell zu überdenken, um nicht am Bedarf der Bevölkerung vorbei zu planen.

Die Größenordnung dieser Maßnahme insgesamt stellt eine Herkules-Aufgabe für den Betrieb dar, die ohne finanzielle Unterstützung nicht zu stemmen ist. Bisher sind alle Sanierungen mit Darlehen, die die Lübecker Schwimmbäder bedienen, durchgeführt worden. Diese Lösung ist durch den hohen Verschuldensgrad des Betriebes vorläufig nicht möglich. Daher wird sich der Betrieb um Finanzierung (Akquirierung von Drittmitteln) bemühen und auch finanzielle Investitionsförderung durch die Hansestadt Lübeck benötigen.

Lübeck, den 08. 05. 2014


Sieglinde Schüssler

Lübecker Schwimmbäder			
Gewinn- und Verlustrechnung			
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013			
		2012	2013
		€	€
1.	Umsatzerlöse	1.345.045,04	1.333.212,01
2.	Sonstige betriebliche Erträge	47.442,10	71.092,74
	Zwischensumme	1.392.487,14	1.404.304,75
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	- 74.768,28	-74.309,34
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	- 1.427.745,26	-1.172.503,40
	Zwischensumme	- 1.502.513,54	-1.246.812,74
4.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	- 2.358.244,65	-2.136.873,42
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung (incl. VBL) (davon für Altersversorgung € 233.603,91 Vorjahr € 180.006,25)	- 684.699,01	-714.904,73
	Zwischensumme	- 3.042.943,66	-2.851.778,15
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 390.430,22	-406.172,83
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 492.969,44	-465.881,95
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.034,78	549,98
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 222.319,01	-214.790,77
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 4.255.653,95	-3.780.581,71
10.	Außerordentlicher Aufwand	0,00	0,00
11.	Sonstige Steuern	- 46.293,40	-34.243,09
12.	Jahresverlust	- 4.301.947,35	-3.814.824,80

Vergleich Wirtschaftsplan mit Gewinn- und Verlustrechnung 2013	IST-Zahlen gerundet	Planansatz	Abweichungen
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.333	1.365	-32
Sonstige betriebliche Erlöse	71	25	46
Zwischensumme Einnahmen	1.404	1.390	14
Materialaufwand	-1.247	-1.420	173
Personalaufwand	-2.852	-3.090	238
Abschreibungen	-406	-393	-13
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-466	-220	-246
Zwischensumme Betriebsergebnis	-3.567	-3.733	166
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	6	-5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-215	-234	19
Sonstige Steuern	-34	-10	-24
Jahresverlust	-3.815	-3.971	156

Aufschlüsselung von Einzelpositionen der Gewinn- und Verlustrechnung 2013

Aufwendungen für Material, Roh-, Hilfsstoffe	2012	2013
	€	€
Verbrauchsstoffe:		
Chemikalien	24.887,70	29.627,43
Reinigungsmittel	21.985,31	18.203,65
Badezusätze	3.089,43	1.328,29
Ware, Leihwäsche, sonstige	21.058,85	24.103,28
Sonstiges	8.050,97	4.042,31
Skonto	- 4.303,98	-2.995,62
	74.768,28	74.309,34

Aufwendungen für bezogene Leistungen	2012	2013
	€	€
Heizöl, Gas, Fernwärme	403.032,09	389.995,36
Wasser, Abwasser	280.491,27	293.108,30
Strom	206.758,68	188.970,11
Zwischensumme:	890.282,04	872.073,77
Fremdleistungen für Schwimmhallen, Frei- und Naturbäder sowie Therapie	405.587,21	175.401,55
Reinigung	70.135,75	69.234,79
Miete, Wartung, TÜV	41.545,69	36.058,11
Sonstiges	20.194,37	19.735,18
Zwischensumme:	537.463,02	300.429,63
Endsumme:	1.427.745,26	1.172.503,40

Sonstige betriebliche Aufwendungen	2012	2013
	€	€
a. Betriebliche Kosten	214.914,95	22.425,00
b. Verwaltungskosten	245.576,02	202.157,60
c. Raumkosten	25.765,36	25.865,36
d. Periodenfremde Aufwendungen	859,65	22.944,04
Summe:	492.969,44	465.881,95

a. betriebliche Kosten	2012	2013
	€	€
Instandhaltung	98.292,04	111.619,78
Versicherungen, Beiträge	39.607,79	40.054,31
Betriebskosten	61.164,36	36.205,25
Werbe- und Reisekosten	20.535,23	20.535,23
Fahrzeugkosten	6.460,44	6.263,38
Sonstiges	471,00	237,00
Summe:	220.768,41	214.914,95
b. Verwaltungskosten	2012	2013
	€	€
Interne Leistungsverrechnung und Umlagen der Verwaltung HL	35.393,57	42.843,42
Sonstige Fremdleistungen	54.250,06	42.556,51
Geschäftsbesorgung	85.896,38	68.889,93
Seminargebühren	30.676,16	28.281,29
Porto, Telefon	9.036,14	9.855,16
Bürobedarf	8.297	7.075,96
Bankspesen	22.005,34	2.653,33
Sonstiges	20,76	2,00
Summe:	245.576,02	202.157,60

Verbindlichkeiten Kreditinstitut	01.01.2013	Aufnahme	Tilgung	31.12.2013
	€	€	€	€
Deutsche Genossenschaft- Hypothesenbank (keine Investition) Konto 302 468 4702	1.475.692,61	0,00	107.939,35	1.367.753,26
Deutsche Genossenschaft- Hypothesenbank Kto. 302 468 4707 (Kücknitz)	745.803,08	0,00	35.764,93	710.038,15
WL Bank AG, Münster Konto 0200 80 73 00 (Zentralbad)	983.607,26	0,00	56.777,95	926.829,31
KfW-Bank Konto 6329387 (Freibad Moising)	0,00	1.400.000,00	0,00	1.400.000,00
	3.205.102,95	1.400.000,00	200.482,23	4.404.620,72

Konditionen, Annuität	Zinssatz	Jährl. Annuität
	%	€
Deutsche Genossenschaft-Hypothesenbank 702	5,130	182.275,56
Deutsche Genossenschaft-Hypothesenbank 707	4,619	69.600,00
WL Bank AG, Münster	4,280	97.280,00
KfW-Bank	1.680	82.356,00*
Summe		349.155,56€

*Hinweis: Die Tilgung des KfW-Darlehens beginnt vierteljährlich ab dem IV. Quartal 2016.

Bei den Mitteln der KfW-Bank handelt es sich nicht um ein Annuitäten-Darlehen, weshalb hier nur der jährliche Tilgungsbetrag angegeben ist.

Zuschussbedarf der Betriebszweige Lübecker Schwimmbäder 2013

I. Schwimmhallen

	Sportbad St. Lorenz	Zentralbad Lübeck:	Kücknitz:
Erlöse:	497.954,22 €	339.693,76 €	195.746,62 €
Personal:	635.327,43 €	442.478,97 €	367.285,01 €
Energie:	422.492,83 €	203.028,66 €	94.181,45 €
Sonstiger Aufwand:	322.914,16 €	207.803,24 €	237.789,76 €
Besucher:	180.240	116.631	57.059
Zuschuss:	881.900,26 €	518.201,34 €	501.991,93 €

II. Freibäder

	Freibad Moisling	Freibad Schlutup
Erlöse:	53.295,25 €	79.157,87 €
Personal:	82.919,27 €	90.283,86 €
Energie:	42.188,74 €	47.114,68 €
Sonstiger Aufwand:	100.426,02 €	100.218,63 €
Besucher:	24.645	35.352
Zuschuss:	169.140,93 €	154.463,49 €

III. Naturbäder

	Krähenteich	Falkenwiese	Marli	Eichholz
Erlöse:	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Personal:	0,00 €	48.566,22 €	47.632,38 €	44.483,91 €
Energie:	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstiger Aufwand:	1.658,97 €	40,64 €	1.118,71 €	324,47 €
Besucher:	unbekannt	unbekannt	unbekannt	unbekannt
Zuschuss:	1.658,97 €	48.606,87 €	48.751,09 €	44.182,29 €

IV. Sauna

V. Therapie Zentrum

	Sauna St. Lorenz	Therapie Zentrum
Erlöse:	57.351,04 €	123.172,65 €
Personal:	96.821,61 €	176.054,41 €
Energie:	24.939,99 €	39.082,29 €
Sonstiger Aufwand:	68.012,96 €	72.430,68 €
Besucher:	5.458	17.721
Zuschuss:	129.428,18 €	159.087,54 €

Zusammenfassung Zuschussbedarf:

I. Summe Hallen:	1.902.093,53 €
II. Summe Freibäder:	323.604,42 €
III. Summe Naturbäder:	143.199,22 €
IV. Summe Sauna:	129.428,18 €
V. Summe TherapieZentrum:	159.087,54 €
Overhead-, Regie-, Verwaltungs- und allgemeine Kosten:	696.827,56 €
Bäder übergreifende Kosten:	134.392,39 €
Personalrat:	11.605,69 €
Ausbildung:	146.275,46 €
AQUA TOP:	62.605,69 €
Service-Pool:	105.705,12 €
Summe:	3.814.824,80 €

Besucherzahlen alle Bäder - Januar bis Dezember 2013

	Zentral- bad	St. Lorenz	Kücknitz	Sauna St.Lo. *	TZL	Schlutup	Moisling	Gesamt Besucher
Januar	11.385	18.445	5.114	704	1.695			37.343
Februar	10.748	17.497	5.232	628	1.555			35.660
März	10.569	14.993	4.535	524	1.306			31.927
April	11.061	16.917	4.661	512	1.510			34.661
Mai	10.547	16.749	4.958	461	1.432	2.006		36.153
Juni	9.078	11.230	5.013	280	1.485	7.477		34.563
Juli	3.208	4.035	3.793		1.387	19.241	17.759	49.423
August	9.178	15.898	5.732	317	1.656	6.628	6.049	45.458
September	9.848	16.850	5.433	440	1.560		837	34.968
Oktober	10.478	15.745	4.494	577	1.389			32.683
November	12.141	18.333	5.495	577	1.698			38.244
Dezember	8.390	13.548	2.599	438	1.048			26.023
Qu.Summe:	116.631	180.240	57.059	5.458	17.721	35.352	24.645	437.106

Schließungszeiten:

Zentralbad	15.07. - 04.08.2013
St. Lorenz	24.06. - 14.07.2013
Kücknitz	18.12. - 05.01.2013
Sauna St.Lorenz	24.06. - 05.08.2013
TZL	07.10. - 13.10.2013

Saison:

Freibad Schlutup	01.05. - 31.08.2013
Freibad Moisling	01.07. - 15.09.2013

(Sanierung des Freibades Moisling)

Sieglinde SCHUESSLER

Anlage

Von: Upts, Thorsten <thorsten.upts@luebeck.de>
Gesendet: Donnerstag, 10. Juli 2014 10:25
An: Sieglinde SCHUESSLER
Cc: Kurt, Norbert; Hammer, Janina
Betreff: AW: Entwurf Beschlussvorlage Jahresabschluss 2013

Sehr geehrte Frau Schüssler,

ich schließe mich den Ausführungen von Frau Hammer an.

Ergänzend möchte ich anmerken, dass es m.E. auf Seite 3, unter dem zitierten Prüfvermerk, 3. Absatz, letzter Satz: richtigerweise "Eigenkapitalquote" statt "Eigenkapital" heißen müsste.

Mit freundlichen Grüßen
 Im Auftrag

Thorsten Upts

Hansestadt Lübeck
 Bereich Haushalt und Steuerung
 1.201.4 - Stabsstelle Konsolidierungskonzept HL
 Fleischhauerstraße 20
 23552 Lübeck

e-mail: stabsstelle.konsolidierungskonzept@luebeck.de

Kontakt persönlich: thorsten.upts@luebeck.de
 Telefon: +49 451 122 1506
 Fax: +49 451 122 951 1506

Von: Hammer, Janina
Gesendet: Mittwoch, 9. Juli 2014 17:17
An: Schüssler, Sieglinde
Cc: Upts, Thorsten; Kurt, Norbert
Betreff: AW: Entwurf Beschlussvorlage Jahresabschluss 2013

Sehr geehrte Frau Schüssler,

Sie haben uns die o.g.Vorlage zur Stellungnahme übersandt. Die Hansestadt Lübeck hat für 2013 einen Verlustausgleich von insgesamt 3.971.000 EURO geleistet. Nach Abzug des Jahresfehlbetrages des Eigenbetriebes der Lübecker Schwimmbäder in Höhe von 3.815.000 EURO verbleibt eine Überzahlung von 156.000 EURO. Aus der Vorlage ist zu entnehmen, dass dieser Betrag zusätzlich zu dem für das Haushaltsjahr 2014 geplanten Verlustausgleich in Höhe von 3.941.000 EUR den Lübecker Schwimmbädern belassen werden soll. Aus finanzwirtschaftlicher und haushaltsrechtlicher Sicht kann der Bereich Haushalt und Steuerung dem nicht zustimmen. Die Überzahlung in Höhe von 156.000 EURO sollte auf die Zuschussgewährung der Hansestadt Lübeck für 2014 angerechnet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Janina Hammer

Hansestadt Lübeck, Postfach, 23539 Lübeck;

1.201 - Bereich Haushalt und Steuerung

1

Zuschussbedarf der Betriebszweige Lübecker Schwimmbäder 2013

I. Schwimmhallen

	Sportbad St. Lorenz	Zentralbad Lübeck:	Kücknitz:
Erlöse:	497.954,22 €	339.693,76 €	195.746,62 €
Personal:	635.327,43 €	442.478,97 €	367.285,01 €
Energie:	422.492,83 €	203.028,66 €	94.181,45 €
Sonstiger Aufwand:	322.914,16 €	207.803,24 €	237.789,76 €
Besucher 2013:	180.240	116.631	57.059
Besucher 2012:	186.051	125.217	59.027
Zuschuss:	881.900,26 €	518.201,34 €	501.991,93 €

II. Freibäder

	Freibad Moisling	Freibad Schlutup
Erlöse:	53.295,25 €	79.157,87 €
Personal:	82.919,27 €	90.283,86 €
Energie:	42.188,74 €	47.114,68 €
Sonstiger Aufwand:	100.426,02 €	100.218,63 €
Besucher 2013:	24.645	35.352
Besucher 2012:	21.562	26.919
Zuschuss:	169.140,93 €	154.463,49 €

III. Naturbäder

	Krähenteich	Falkenwiese	Marli	Eichholz
Erlöse:	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Personal:	0,00 €	48.566,22 €	47.632,38 €	44.483,91 €
Energie:	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstiger Aufwand:	1.658,97 €	40,64 €	1.118,71 €	324,47 €
Besucher 2013:	unbekannt	unbekannt	unbekannt	unbekannt
Besucher 2012:	unbekannt	unbekannt	unbekannt	unbekannt
Zuschuss:	1.658,97 €	48.606,87 €	48.751,09 €	44.182,29 €

IV. Sauna

	Sauna St. Lorenz	Therapie Zentrum
Erlöse:	57.351,04 €	123.172,65 €
Personal:	96.821,61 €	176.054,41 €
Energie:	24.939,99 €	39.082,29 €
Sonstiger Aufwand:	68.012,96 €	72.430,68 €
Besucher 2013:	5.458	17.721
Besucher 2012:	5.853	18.339
Zuschuss:	129.428,18 €	159.087,54 €

V. Therapie Zentrum

Zusammenfassung Zuschussbedarf:

I. Summe Hallen:	1.902.093,53 €
II. Summe Freibäder:	323.604,42 €
III. Summe Naturbäder:	143.199,22 €
IV. Summe Sauna:	129.428,18 €
V. Summe TherapieZentrum:	159.087,54 €
Overhead-, Regie-, Verwaltungs- und allgemeine Kosten:	696.827,56 €
Bäder übergreifende Kosten:	134.392,39 €
Personalrat:	11.605,69 €
Ausbildung:	146.275,46 €
AQUA TOP:	62.605,69 €
Service-Pool:	105.705,12 €
Summe:	3.814.824,80 €



► Nr. VO/2014/01973
öffentlich

Lübeck, 22.09.2014

Bearbeitung: Kristina Wittig (E-Mail: kristina.wittig@luebeck.de Telefon: 122-1023)

Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft am 18.09.2014 an den Hauptausschuss betr. Städtisches Mahnwesen

Die Bürgerschaft hat mit VO/2014/01742 den nachstehend aufgeführten Antrag der CDU-Fraktion einstimmig **abschließend** an den Hauptausschuss überwiesen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, dass städtische Mahnwesen zu optimieren.
Im Mittelpunkt steht dabei ein Alarmsystem, bei dem Gesamttitel über 100.000 Euro dem Bürgermeister und dem Hauptausschuss anzuzeigen sind

► Nr. VO/2014/01949
öffentlich

Lübeck, 10.09.2014

Antrag eines Ausschuss-Mitgliedes

Verantwortliche Bereiche:
Geschäftsstelle der Fraktion BÜ90 DIE GRÜNEN

Bearbeitung: Katja Mentz (E-Mail: Telefon: 122-1040)

Antrag BM/AM Michelle Akyurt - Zusatz in Stellenausschreibungen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
07.10.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Alle Stellenausschreibungen der Hansestadt Lübeck enthalten zukünftig den Zusatz „Ausdrücklich begrüßen wir es, wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund bei uns bewerben.“

Begründung:

Anlagen :

Ausschussmitglied